



DIG MAGAZIN

Nr. 3 / 2012



Hauptversammlung 2012

Editorial		
Reinhold Robbe	Hannover hat uns vorangebracht	3
Hauptversammlung 2012		
Reinhold Robbe	Verantwortung aus der Geschichte und Mut für neue Wege	4
Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft		6
Hannoveraner Erklärung der DIG zur aktuellen Lage in Israel und im Nahen Osten		7
Angenommene Anträge der Hauptversammlung		8
Volker Heidmann	Bericht des Schatzmeisters	11
Protokoll der Rechnungsprüfer		12
Prof. Dr. W. Homolka	Die Diaspora und Israel - auf der Suche nach einer Wertegemeinschaft	14
Meinung		
Klaus Beckmann	Säkularität und Beschneidung Anmerkungen zu einem Dilemma	15
Nachruf		
Christian Lange	Trauer um Siegfried Vergin	16
Rezensionen		
Dr. Barbara Fritz	Vergesst Auschwitz!	17
Roland Neidhardt	Kaffee?	17
Jerusalem Foundation		
Volkswagen AG unterstützt jüdisch-arabisches Bildungsprojekt		18
Mitgliederversammlung der JFD e.V. in Berlin		18
Erlangen und die Jerusalem Foundation		18
Deutschland und Deutsche in Jerusalem		19
Hessen setzt sich für Koexistenz in Jerusalem ein		19
Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften		
Heilbronn	Engagement für den Staat Israel	20
Kassel	Lernen von Israel	20
Kempten-Allgäu	Zusammenarbeit in der Berufsausbildung	22
Oldenburg	Gedenkstättenfahrt nach Polen	23
Bielefeld	Das jüdische Zentrum in Auschwitz	25
Bielefeld	Vom KZ-Häftling zum UN-Botschafter	26
Hannover	DIG begleitet Holocaustüberlebende	27
Nürnberg-Mittelfrk.	„Iran-Wochen“ in Nürnberg	28
Bodensee-Region	Konzert mit Shuly Nathan in Konstanz	29
Kempten-Allgäu	Strategien der extremen Rechten	30
Kassel	Chaim heißt Leben	30
Ostfriesland	Flucht einer jüdischen Familie	31
Junges Forum		
Lukas Welz	Proteste gegen Al Quds-Tag	31
Maren Kater u.a.	Kreuz und Queer	32
D. Schikora/C. Schwarzer	Justus Wertmüller referiert in Rostock	33
Rezensionen		
Dr. Klaus Beckmann	Jüdische Soldaten - Jüdischer Widerstand	34
Neues Logo gewinnt Design Award 2013		35



Hauptversammlung 2012 ab S. 4

Impressum

Herausgeber:
Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG)
Verantwortlich: Reinhold Robbe
Martin-Buber-Straße 12 • 14163 Berlin
Tel.: 030/80 90 70 28 • Fax: 030/80 90 70 31
E-Mail: digberlin@onlinehome.de

Redaktion:
Reinhold Robbe, Dieter Ernst,
Hildegard Radhauer, Knut Teske

Layout, Graphik, Satz:
OUTLINE Graphikbüro Dieter Ernst
Sternstraße 39 • 34414 Warburg
Tel.: 056 41/83 24 • Fax: 056 41/49 94
info@conzedruck.de

Gestaltung Titel und DIG-Logo:
schmitt. kommunikation
Marc Schmitt
Simon-von-Utrecht-Str. 85a
20359 Hamburg
+49.40.571.347.06
mail@schmittkommunikation.com

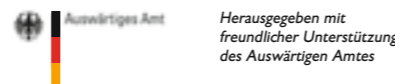
Druck & Verarbeitung:
CONZE DRUCK
Neutorstraße 3 • 34434 Borgentreich
Tel.: 056 43/98 02 54
info@conzedruck.de

Bildnachweis:
Arbeitsgemeinschaften, Jerusalem Foundation,
Georg Berthold, Günther Lübbers, Mario Schöfer,
Pressestelle der IDF, Sara Oz

Titel: Bethlehem an Weihnachten 2012
Foto: Gil Yaron

Erscheinungsweise:
Einmal im Vierteljahr.
Der Bezugspreis des DIG MAGAZINS ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Bankverbindung:
Berliner Sparkasse
Konto-Nummer: 10 1000 91 99 • BLZ: 100 500 00



Herausgegeben mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes

Hannover hat uns vorangebracht

Von Reinhold Robbe

Mit Erleichterung zwar, aber nicht ohne Sorgen blicken wir nach der jüngsten Eskalation zwischen Israel und Gaza auf den Nahen Osten. Wichtig ist zunächst einmal, dass es keine weiteren Opfer gibt. Die Waffen schweigen zwar, doch niemand kann vorhersagen, wie belastbar diese Waffenruhe ist. Es bleibt die Hoffnung, dass die politisch Verantwortlichen – insbesondere in den USA mit Unterstützung der EU – nicht nachlassen bei dem Versuch, nach dem Waffenstillstand Perspektiven für neue Wege einer Koexistenz zu entwickeln. Wie gesagt, im Moment ist es eine Hoffnung, der jetzt konkrete Vorschläge folgen müssen.

Es stand sehr viel auf der Tagesordnung unserer jüngsten Hauptversammlung in Hannover. Und das nicht im wörtlichen, sondern auch im übertragenen Sinn. Denn unabhängig von den üblichen Regularien, die vorgegeben sind, ging es diesmal auch um einige grundsätzliche Aspekte unserer Gesellschaft. So hatten wir diesmal mehr Zeit für die inhaltlichen Debatten, weil wir nicht – wie in der Vergangenheit – am Sonntag, sondern bereits Samstag mit der Hauptversammlung begonnen haben.

Eine zweite Veränderung betraf das Präsidium. Nach sehr intensiven Diskussionen in der eigens eingerichteten Satzungscommission hatte die außerordentliche Hauptversammlung Anfang des Jahres in Kassel unter anderem auch eine Verkleinerung unseres Vorstandes beschlossen. Dies bedeutete zwangsläufig, dass einige Präsidiumsmitglieder ausscheiden mussten. So werden dem neuen Präsidium neben Ursula Schmitt (Bonn) auch Wolfgang Freitag (Ostfriesland), der Bundestagsabgeordnete Michael Frieser (Nürnberg-Mittelfranken), Hannes Greiling (Mannheim/Rhein-Neckar), der Landtagsabgeord-



Reinhold Robbe

nete Gerhard Miesterfeldt (Magdeburg) sowie Knut Teske (Berlin) leider nicht mehr angehören. Die Bundestagsabgeordnete Marieluise Beck (Bremen) und Heike-Anna Grunewald (Hamburg) sowie Dirk Peper (Hamburg) und Detlef Scherer (Halle) hatten von vornherein nicht wieder kandidiert. Alle diese Freundinnen und Freunde waren jeweils auf ihre Weise eine große Bereicherung für das Präsidium und haben sich zum Teil über viele Jahre hinweg mit ihren besonderen Möglichkeiten und Begabungen in die Arbeit eingebracht. Ich danke deshalb ausnahmslos allen ausgeschiedenen Freundinnen und Freunden von ganzem Herzen und setze ganz fest darauf, dass wir auch künftig vor Ort und auch im Präsidium auf ihren Sachverstand und ihr Engagement setzen dürfen. Ich möchte mich bei ihnen von ganzem Herzen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit der letzten Jahre bedanken!

Und dann gab es noch eine Veränderung, die sich positiv auf unsere künftigen Arbeitsmöglichkeiten auswirken wird. Mithilfe von etlichen Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die sich unserer Gesellschaft freundschaftlich verbunden fühlen, ist es gelungen, die in diesem Jahr erstmalig gewährte institutionelle Bundesförderung von bisher 100.000 Euro auf künf-

tig 320.000 Euro zu erhöhen. Dies war nicht zuletzt deshalb möglich, weil wir traditionell eine enge Verzahnung unseres Präsidiums mit dem Bundestag haben. Deshalb richtet sich mein Dank an die Verantwortlichen des Haushaltsausschusses und unsere Präsidiumsmitglieder, die gleichzeitig im Parlament vertreten sind.

Aus diesen Veränderungen lässt sich bereits ablesen, womit sich das neue Präsidium schon sehr bald befassen wird. Insbesondere wird

es darum gehen, die zusätzlichen Finanzmittel so klug und effektiv wie möglich einzusetzen. Nachdem unsere Gesellschaft jetzt über ein sicheres finanzielles Fundament verfügt, können wir uns den Aufgaben zuwenden, die wir uns selber zum Ziel gesetzt haben. Zwei Stichworte will ich hervorheben: Die Verjüngung unserer Gesellschaft durch attraktive Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene und das Jubiläumsjahr 2015, in dem wir auf 50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zurückblicken können. Ich nenne gerade diese beiden Stichworte, weil sie für unsere Gesellschaft zum einen von elementarer Bedeutung sind und zum anderen gleichzeitig große Chancen darstellen, die es zu nutzen gilt.

Und dann sind da noch die Beschlüsse der Hauptversammlung zu nennen, die auch gleichzeitig unsere gute Diskussionskultur, unsere Pluralität und unser Bemühen um Glaubwürdigkeit widerspiegeln. Ich bin sehr dankbar, dass wir mit der „Hannoveraner Erklärung“ die wichtigsten aktuellen Themen aufgreifen konnten und dieser Leitantrag die uneingeschränkte Unterstützung der Delegierten bekam.

Alles in allem eine sehr erfolgreiche 35. Hauptversammlung, die für die weitere gute Entwicklung unserer Gesellschaft die richtigen Weichen stellte. ■

Verantwortung aus der Geschichte und Mut für neue Wege

DIG-Präsident Reinhold Robbe zog eine positive Leistungsbilanz des Präsidiums

Zu Beginn seines ausführlichen Rechenschaftsberichtes ging DIG-Präsident Reinhold Robbe auf ein erst wenige Tage zurückliegendes Ereignis ein. Wie Robbe berichtete, habe er im Rahmen eines Besuches in der Holocaust-Dokumentationsstätte Yad Vashem, einen Kranz niedergelegt. Dort, wo jedem die Stimme versage und die Vergangenheit so nahe sei. Nicht zum ersten Mal, wie der DIG-Präsident betonte, aber erstmalig gemeinsam mit einem Bundeswehroffizier in Uniform, nämlich dem Präsidenten des Deutschen Bundeswehrverbandes, Ulrich Kirsch. Robbe weiter: „Und es war für mich ein bewegender und berührender Moment zugleich, als der Rabbiner nach dem Kaddisch Ulrich Kirsch und mich freundschaftlich umarmte und geradezu überschwänglich dankte für unser Kommen und für das erwiesene Gedenken für die jüdischen Opfer. In diesem Augenblick fühlte ich mich zurückversetzt in das Jahr 1970, als ich im Alter von 15 Jahren zum ersten Mal Yad Vashem besuchen durfte. Damals hätte ich mir nicht einmal

im Traum vorstellen können, rund vierzig Jahre später gemeinsam mit deutschen Soldaten in Uniform an der ewigen Flamme zu stehen, um jener jüdischen Opfer zu gedenken, die von Uniformierten der SS und der Wehrmacht ermordet wurden.“

Den Bundeswehr-Soldaten, die ganz überwiegend erstmalig in Israel waren und dieser Zeremonie beiwohnten, sei in diesem Moment richtig klar geworden, mit welcher Selbstverständlichkeit deutsche Uniformträger heute in Israel nicht nur geduldet, sondern mit menschlicher Wärme und großer Herzlichkeit empfangen werden.

An diesem Beispiel lasse sich außerdem sehr gut ablesen, was sich seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel verändert habe.

Ungutes Israel-Bild in Deutschland

Aber diese guten persönlichen Erfahrungen, die viele Freunde Israels immer wieder erleben könnten, würden ganz of-

fensichtlich im Widerspruch stehen zur allgemeinen Stimmung bei uns im Lande. Der DIG-Präsident zitierte in diesem Zusammenhang eine Umfrage der Zeitschrift „Stern“ mit besorgniserregenden Ergebnissen. Danach habe sich das Bild der Deutschen von Israel in den letzten drei Jahren deutlich verschlechtert.

In dieser Umfrage würden 70 Prozent der befragten Bürger die Auffassung vertreten, Israel verfolge seine Interessen ohne Rücksicht auf andere Völker.

59 Prozent der Deutschen beurteilten Israel inzwischen sogar als „aggressiv“ – 10 Punkte mehr als 2009. Für 58 Prozent sei das Land fremd – 2009 waren es 50 Prozent gewesen. Und noch 36 Prozent würden Israel sympathisch finden (9 Punkte weniger als 2009). Unverändert 13 Prozent sprechen dem Staat gar das Existenzrecht ab.

Woraus – so fragte DIG-Präsident Robbe – resultiere dieses überwiegend negative und in Teilen sogar feindselige Bild der Deutschen von Israel?

Als eine von vielen Ursachen nannte Robbe die Medien. Er vermisse eine umfassende und differenzierte Behandlung des Staates Israel und der besonderen deutsch-israelischen Beziehungen bei den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendungen. Ausführliche Reportagen zu dem Thema seien ebenso selten, wie gut gemachte Dokumentationen oder sensibel produzierte Beiträge. Wo, wenn nicht in

der ARD und im ZDF, wäre der Platz für eine tiefergehende Fernseh-Berichterstattung, fragte Robbe unter dem Beifall der Delegierten.

ARD und ZDF tragen große Verantwortung

Aber das negative Israel-Bild hänge nicht nur mit den Medien zusammen. Eine zentrale Ursache sei auch die Tatsache, dass die vielen bestehenden bilateralen deutsch-israelischen Beziehungen auf den verschiedenen Feldern von Politik, Wissenschaft, Kultur und Sport bei den Menschen im Lande nicht verankert seien. Robbe: „Ob wir die unzähligen Städtepartnerschaften, die exzellenten Beziehungen zwischen wissenschaftlichen Instituten, Hochschulen, Theatern und Berufsverbänden oder die guten und intensiven Kontakte zwischen Schulen, Stiftungen, Bundeswehreinrichtungen sowie kleinen und großen Unternehmen betrachten: Alle diese staatlichen, halbstaatlichen und privaten Verbindungen sind im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung nur sehr unzureichend präsent.“

Natürlich seien diese alltäglichen Verbindungen und Wechselbeziehungen viel unspektakulärer als irgendwelche Hiobsmeldungen aus Israel. Trotzdem sei es aus seiner Sicht lohnend und langfristig erfolgversprechend, wenn mit geeigneten Mitteln und strategischen Ansätzen die erheblichen Informationsdefizite und das

in die Schiefelage geratene Israel-Bild korrigiert würden.

Und deshalb sehe er für die DIG eine wichtige, um nicht zu sagen zentrale künftige Aufgabe darin, diese von ihm genannten vielfältigen Beziehungen und Verflechtungen im nichtstaatlichen Bereich zwischen Israel und Deutschland „als großes Netzwerk zu begreifen und in geeigneter Form darzustellen“. Das könne auf vielfältige Art und Weise passieren. Ein zentrales Medium hierbei sei ganz sicher das Internet.

„White City“ Tel Aviv soll Leuchtturm-Projekt werden

Als konkretes Beispiel für das Erschließen neuer Schwerpunkte nannte der DIG-Präsident das Sanierungsprojekt „White City“, das sogenannte Bauhaus-Viertel von Tel Aviv. Hierbei würde es sich um rund 3.000 Objekte handeln, die als Weltkulturerbe der UNESCO anerkannt seien. Man verfüge in Tel Aviv zwar über die Finanzierungsmöglichkeiten, es fehlt jedoch am „Know how“ hinsichtlich des besonderen Baumaterials und an geeigneten Experten für die Umsetzung der Sanierungspläne. Zwischenzeitlich habe Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer zugesagt, die deutsche Unterstützung bei der Sanierung der „White City“ zum „Leuchtturm-Projekt“ zu erklären.

Als weiteres Beispiel für neue Aufgabenfelder der DIG nannte Robbe das Ju-

biläumsjahr 2015. Dann werde man auf 50 Jahre offizielle diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zurückblicken können.

„Nach meiner festen Überzeugung bedeutet dieses Jubiläumsjahr eine großartige Möglichkeit, die Einzigartigkeit der bilateralen Beziehungen in das Bewusstsein unserer Mitbürger zu tragen. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine kluge und langfristige Planung und Bündelung aller Kräfte in unserem Lande“, betont Robbe.

Finanzen der DIG auf sicherem Fundament

Als großen Erfolg wertete Robbe die institutionelle Förderung für die DIG durch den Deutschen Bundestag. Seit 2012 verfüge die DIG über einen Haushaltstitel, „der uns zum einen die Sorge wegen des bisherigen strukturellen Defizits nimmt und zum anderen unsere Arbeit auf eine verlässliche finanzielle Grundlage stellt.“ Mit großer Freude konnte Robbe den erfreuten Delegierten einen ganz aktuellen Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestages verkünden. Demnach sei die Zuwendung von bisher 100.000,- Euro ab nächstem Jahr auf 320.000,- Euro erhöht worden. Deshalb dankte Robbe ganz ausdrücklich allen Israel-Freunden in „fast allen Fraktionen des Deutschen Bundestages für diese wunderbare Unterstützung“. Ohne die enge und konstruktive personelle Verzahnung mit dem Deut-



Hermann Dinkla, Landtagspräsident



Bernd Strauch, Bürgermeister und Ratsvorsitzender



Yakov Hadas-Handelsman, Botschafter des Staates Israel



Bernd Althusmann, Kultusminister

schen Bundestag wäre diese Unterstützung durch den Bund niemals gelungen.

Im Präsidium seien sich alle Mitglieder einig in der Absicht, den Arbeitsgemeinschaften den Rücken zu stärken. Es müsse deshalb überlegt werden, wie das Dienstleistungsangebot der Bundesgeschäftsstelle für die Arbeitsgemeinschaften erweitert werden könne.

Der DIG-Präsident brach eine Lanze für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften vor Ort. Alle Arbeitsgemeinschaften würden eine exzellente Arbeit leisten, jede auf ihre besondere Weise, mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Projekten. Es würden großartige und spannende Veranstaltungen stattfinden, die allesamt dazu beitragen, „*unsere gewiss nicht immer einfachen Themen in die Gesellschaft offensiv hineinzutragen*“.

Jugendarbeit muss Schwerpunkt werden

Im weiteren Verlauf seines Rechenschaftsberichtes ging Robbe dann noch ausführlich auf die Jugendarbeit ein. Er bezeichnete den Altersdurchschnitt bei der DIG als besorgniserregend: „*Wenn junge Leute sich nicht oder nicht mehr zu uns hingezogen fühlen, dürfen wir die Ursachen dafür nicht bei den Jugendlichen suchen, sondern bei uns*“.

Vor dem Hintergrund unserer schnelllebigen Mediengesellschaft müsse sich die DIG darum bemühen, ihre Arbeit so

interessant und spannend wie nur irgend möglich zu gestalten. Beispielhaft nannte der DIG-Präsident den Internetauftritt. Seit einigen Monaten gebe es einen neuen Internet-Auftritt und auch ein neues Logo. Neue Website und neues Logo wurden bereits auf der außerordentlichen Hauptversammlung in Kassel erstmalig präsentiert. Es sei die Absicht des Präsi-

diums, diese Website nach und nach weiterzuentwickeln, um sie insbesondere für junge Menschen attraktiv zu machen.

Auch das neue Präsidium müsse diesem Thema höchste Priorität einräumen. Es müsse heute gelingen, gerade junge Menschen für die deutsch-israelische Freundschaftsarbeit zu gewinnen. ■

Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V.

ab 28. Oktober 2012

Präsident:
Reinhold Robbe

Vizepräsidenten:

- Gitta Connemann MdB
- Anke Eymmer, Schleswig-Holst.
- Sven-Christian Kindler MdB
- Christian Lange MdB
- Hildegard Müller, Düsseldorf
- Florian Toncar MdB

Schatzmeister:
Volker Heidmann



Weitere Mitglieder:

- Dr. Martin Borowsky, Erfurt
- Yoram-Illy Ehrlich
- Esther Haß, Kassel
- Barbara Hoffs, Baden-Baden
- Iris Neu, Saar
- Lukas Welz, Junges Forum

Hannoveraner Erklärung der zur aktuellen Lage in Israel und im Nahen Osten

Hauptversammlung vom 27. bis 28. Oktober 2012

Die Folgen der Umbrüche in Nordafrika und dem Nahen Osten sind weiterhin ungewiss. Wir blicken mit großer Sorge auf die Entwicklungen, die sich in diesem Zusammenhang für Israel ergeben:

- Der Bürgerkrieg in Syrien droht in einen regionalen Konflikt zu eskalieren.
- In Jordanien und in Ägypten sind radikale Kräfte auf dem Vormarsch, die den Frieden mit Israel in Frage stellen. Auf der Sinai-Halbinsel wird das Machtvakuum von Terrorgruppen genutzt, um Angriffe gegen Israel durchzuführen.
- Im Zentrum der Konflikte steht das iranische Regime. Dessen Unterstützung für Syrien und die im Libanon agierende Terrororganisation Hisbollah stellen eine unmittelbare Bedrohung für Israel dar.
- Insbesondere aber das iranische Atomprogramm gefährdet den Frieden und die Sicherheit, nicht nur im Nahen Osten. Vor allem die mangelnde Kooperation mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) nährt Zweifel an der vom

Iran behaupteten zivilen Ausrichtung des Atomprogramms. Die wiederholten Vernichtungsdrohungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad gegenüber Israel bestätigen die Zweifel.

Wir stellen fest, dass die bereits seit zehn Jahren andauernden Verhandlungen der Islamischen Republik Iran mit der IAEO und auch Sanktionen den Iran nicht zu einer umfassenden Zusammenarbeit bewegt haben.

Angesichts der fortdauernden Weigerung des Iran, den fünf Resolutionen der Vereinten Nationen zum iranischen Atomprogramm nachzukommen und die Urananreicherung bis zur Klärung der Vorwürfe auszusetzen, fordert die Deutsch-Israelische Gesellschaft die Bundesregierung und die Europäische Union auf, den Druck weiter zu erhöhen. Das iranische Atomwaffenprogramm ist nicht nur eine Bedrohung für Israel, wie auch Außenminister Westerwelle feststellte, sondern gefährdet die globale Sicherheitsarchitektur und den Frieden in der Region.

Die Bundesregierung sollte sich innerhalb der Europäischen Union – aber nicht nur Europäischen Union – und notfalls auch im Alleingang dringend für weitere einschneidende Sanktionen auf allen Ebenen gegenüber dem Iran aussprechen, die bis zur Androhung eines Handelsverbotes mit der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen reichen.

Das Regime kann sich, trotz der vor kurzem wiederholten Todes-Fatwa gegen den Schriftsteller Salman Rushdi, auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse präsentieren. Und mit rund 3 Milliarden Euro Exportumsatz ist Deutschland weiterhin wichtigster Handelspartner des Iran in Europa.

Angesichts fortdauernder Spannungen fordern wir die Bundesregierung auf, bei Rüstungslieferungen an Staaten der Region sehr sorgfältig das militärische Gleichgewicht Israels in seinem Umfeld zu bedenken, solange Israel nach wie vor die einzige funktionierende Demokratie im Nahen und Mittleren Osten ist und trotz der Umbrüche in der Region noch keineswegs davon ausgegangen werden kann, dass die Nachbarländer Israels sich demokratisch entwickeln und Israel friedlich und konstruktiv gegenüber treten werden.

Angesichts der wiederholten Drohgebärden des Iran gegenüber Israel und der brisanten Entwicklungen in der Region unterstreichen wir in aller Deutlichkeit unsere Solidarität mit Israel und seinen Menschen.



Reinhold Robbe, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft



Doris Klawunde, stellv. Regionspräsidentin



Sven-Christian Kindler MdB



Marieluise Beck MdB



Hildegard Müller

Wir unterstützen nachdrücklich die Position der Bundesregierung die von Bundeskanzlerin Merkel im März 2008 in ihrer Rede vor der Knesset so formuliert wurde:

„Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.“

Wir begrüßen ausdrücklich, dass diese Position auch von Bundespräsident Gauck anlässlich seines Israel-Besuches in diesem Jahr unterstützt wurde: „Das Eintreten für die Sicherheit und das Existenzrecht Israels ist für deutsche Politik bestimmend; Israel soll in Frieden und in gesicherten Grenzen leben.“

Wenn es richtig ist, dass Israels Sicherheit zur deutschen Staatsräson gehört, darf es aber nicht bei Absichtserklärungen bleiben. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft fordert deshalb die Verantwortungsträger unseres Landes in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur auf, den öffentlichen Diskurs über Deutschlands Verantwortung gegenüber den Menschen in Israel offensiv und auf allen Ebenen zu führen. Im Ernstfall müssen der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung Israel mit allen Erfolg versprechenden Mitteln unterstützen. ■

Angenommene Anträge der Hauptversammlung 27./28. 10. 2012

Respekt vor der jüdischen Identität und den jüdischen Glaubensprinzipien

Die Ereignisse und Diskussionen der vergangenen Wochen und Monate haben die Juden in Deutschland zutiefst verunsichert. Nach dem so genannten „Kölner Beschneidungsurteil“, das die Beschneidung minderjähriger Jungen aus religiösen Gründen als rechtswidrige Körperverletzung gewertet hat, wurde eine Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit über die Beschneidung von Knaben ausgelöst, die bis heute andauert und die oft von offenem Antisemitismus begleitet wird. In einigen Medien wird die Beschneidung der Knaben sogar mit der Verstümmelung von Frauen gleichgesetzt, die jüdische Religion als „archaisch“ bezeichnet oder ist von „Kindesmissbrauch“ die Rede.

Die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland und Holocaustüberlebende Charlotte Knobloch wandte sich mit dem dramatischen Essay „Wollt ihr uns Juden noch?“ an die deutsche Öffentlichkeit. Darin heißt es unter anderem:

„Nicht einmal in meinen Alpträumen habe ich gehnt, dass ich mir kurz vor meinem achtzigsten Geburtstag die Frage stellen muss, ob ich den Judenmord über-

leben durfte, um das erleben zu müssen. Wem an dieser Stelle schon der Satz vom überempfindlichen Juden auf der Zunge liegt, dem sei gesagt: Es waren deutsche Juden, die fast alle demokratischen Entwicklungen auf deutschem Boden initiiert, mitgestaltet, begleitet und gelebt haben. Wir brauchen keine Nachhilfe in Demokratie. Wir benötigen keine Belehrungen über Meinungsfreiheit. Wir sind sehr gut und mit Begeisterung in der Lage, Diskurse nicht nur zu ertragen, sondern auch zu befruchten und zu befördern.“

Doch weder der Artikel von Charlotte Knobloch, noch der deutliche Hinweis des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland Dr. Dieter Graumann, dass ohne die Brit Mila ein jüdisches Leben in Deutschland nicht mehr möglich sei, konnten die Debatte beenden.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft ist über diese Ereignisse schockiert.

Wir finden es beschämend, dass 67 Jahre nach der Shoah die Existenz jüdisches Lebens in Frage gestellt wird.

Der Deutsche Bundestag hat am 19. Juli 2012 die Bundesregierung aufgefordert, „im Herbst 2012, unter Berücksichtigung der grundgesetzlich geschützten Rechtsgüter des Kindeswohls, der körperlichen

Unversehrtheit, der Religionsfreiheit und des Rechts der Eltern auf Erziehung, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sicherstellt, dass eine medizinisch fachgerechte Beschneidung von Jungen ohne unnötige Schmerzen grundsätzlich zulässig ist“.

Zwischenzeitlich liegt ein Gesetzentwurf der Bundesregierung vor, der offensichtlich eine breite Akzeptanz bei den betroffenen Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens in unserem Lande findet.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft stellt deshalb fest:

Der Deutsche Bundestag wird gebeten, den vorliegenden Gesetzentwurf möglichst bald abschließend zu beraten und zu beschließen. Wir brauchen baldmöglichst eine Rechtssicherheit für Juden und Muslime in Deutschland. Dabei ist darauf zu achten, dass die jüdische Tradition der Beschneidung, durchgeführt von einem Mohel, weiterhin praktiziert werden kann.

Hisbollah auf die Terrorliste der Europäischen Union

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft fordert die Bundesregierung auf, eine Entscheidung der Europäischen Union für die sofortige Aufnahme der Hisbollah in die Liste der terroristischen Vereinigungen herbeizuführen. Die libanesische Miliz dient als terroristischer Flügel des iranischen Regimes, ist an der Niederschlagung der syrischen Demokratiebewegung beteiligt und übt weltweit Terroranschläge aus.

2012 hat die Hisbollah internationaler Berichterstattung zufolge Anschläge in Tiflis/Georgien, Bangkok/Thailand und Neu-Delhi/Indien zu verantworten. Die Regierung in Jerusalem beschuldigt die Hisbollah im Sommer 2012 an der Ermordung israelischer Touristen in Bulgarien beteiligt gewesen zu sein. Die amerikanische Administration ist überzeugt, dass die Terrormiliz hinter dem Attentatsversuch auf den saudischen Botschafter 2011 in Washington steckt. Der internationale Gerichtshof in Den Haag hat laut Presseberichten wegen der Ermordung des libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri, Hisbollah-Terroristen zur Fahndung ausgeschrieben.

Eine Unterscheidung der Hisbollah in einen terroristischen und einen politischen Flügel ist nicht möglich. In einem von der Hisbollah selbst herausgegebenen Papier von 1985 heißt es: „[...] unser militärischer Apparat ist nicht von unserem sozialen Gefüge getrennt. Jeder von uns ist ein kämpfender Soldat.“

Deswegen muss die gesamte Organisation von der Europäischen Union als terroristisch eingestuft werden.

U-Boote für Israel

Israel wird in seiner Existenz bedroht. Die Sicherung seiner Existenz ist deutsche Staatsräson. Israel benötigt wie kein anderes Land die Zweitschlagfähigkeit zur Abschreckung. Deswegen sagen wir Ja zur Lieferung von U-Booten an Isra-

el. Sie gleichen die fehlende strategische Tiefe des schmalen Landes aus. Wir weisen jeden Versuch zurück, die Lieferung der U-Boote mit erpresserischen Forderungen an Israel zu verbinden.

DIG verurteilt Delegitimierung und Boykottaufufe gegen Israel

Die Hauptversammlung verurteilt Aktivitäten, die zum Boykott Israels aufrufen oder Israel als Apartheidstaat delegitimieren. Sie messen Israel mit zweierlei Maß. Kein Land wird so verleumdet wie das jüdische. Aus der Geschichte wissen wir, der Verleumdung folgt die Vernichtung. Wer Israel delegitimiert, will Israel als jüdischen Staat zerstören. Solche Positionen sind unvereinbar mit den Zielen und der Mitgliedschaft in der DIG.

Das Präsidium wird aufgefordert, der BDS-Kampagne energisch entgegenzutreten.

Mobiler Informationsstand der Deutsch-Israelische Gesellschaft

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft soll künftig - vergleichbar zur GCJZ - in geeigneter Weise, mit mobilen Informationsständen, Infomaterial u.ä. bei Bundesparteitagen der im Präsidium der Deutsch-Israelischen Gesellschaft vertretenen Parteien im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten präsent sein. In einem nächsten Schritt soll die Deutsch-Israelische Gesellschaft anstreben, auch bei vergleichbar öffentlichkeitswirksamen und



Iris Neu und Wolfgang Dollansky, AG Saar



Hannes Greiling



Eckart von Klaeden MdB



Anke Eymer



Christian Lange MdB

gesellschaftspolitisch relevanten Veranstaltungen vertreten zu sein, zum Beispiel bei Landesparteitagen, Kirchentagen, Bundes-Tagungen und Kongressen von Gewerkschaften und Verbänden.

DIG wird Mitveranstalterin des Israelkongresses 2013

Der Israelkongress fand bereits zwei Mal mit großem Erfolg statt. Er setzte öffentlichkeitswirksam Zeichen der Solidarität mit Israel und diente der Vernetzung israelischer Personen und Gruppen in ganz Deutschland. Beim Israelkongress 2013 soll auch die DIG als Mitveranstalterin dabei sein. Das DIG-Präsidium soll die Programmerstellung, Finanzierung und Werbung prüfen und sich gegebenenfalls beteiligen.

DIG-Magazin – die Zeitung für alle Mitglieder

Das DIG-Magazin soll zu einem attraktiven Informations-, Diskussions- und Austauschforum für alle Mitglieder und Arbeitsgemeinschaften werden, in dem auch kontroverse Debatten offen und frei ausgetragen werden. Beiträge, die sich kritisch mit der eigenen Arbeit auseinandersetzen, können uns helfen, unsere Standpunkte zu überdenken und zu klären. Wir brauchen eine lebendige und attraktive DIG, das soll sich auch in Erscheinungsbild und Inhalt des DIG-Magazins widerspiegeln.

Magazin der DIG in ausschließlicher Verantwortung des Präsidiums

Die redaktionelle, inhaltliche und politische Verantwortung für das Magazin der Deutsch-Israelischen Gesellschaft liegt beim Präsidium. Eine inhaltliche Änderungs- oder Weisungsberechtigung der Geschäftsführung bei Textbeiträgen von Arbeitsgemeinschaften der Deutsch-Israelischen Gesellschaft besteht nicht.

Korrespondenz der Bundesgeschäftsstelle mit den Mitgliedern der Deutsch-Israelischen Gesellschaft

Die Arbeitsgemeinschaften sind vor direkter Korrespondenz der Bundesgeschäftsstelle mit einzelnen Mitgliedern und Gruppen von Mitgliedern zu konsultieren und zu informieren, um Missverständnisse und den Eindruck unkoordinierter Kommunikation innerhalb der Deutsch-Israelischen Gesellschaft zu vermeiden.

Ziele und Leitsätze der DIG anpassen

Es wird beschlossen gemäß den am 28.04.2012 auf der a.o. Hauptversammlung in Kassel beschlossenen Satzungsänderungen die Leitsätze neu zu formulieren bzw. anzupassen. Als Leitsatz muss zum Beispiel aufgenommen werden: die Gesellschaft dient der Förderung internationaler Verbundenheit, der Toleranz und der Verständigung der Völker, insbesondere im Nahen Osten. (vgl. §2,1 des Beschlusses von Kassel)

Bericht des Schatzmeisters

Die Situation der DIG-Bundesgeschäftsstelle hat sich durch eine „Institutionelle Förderung“ entspannt. Ab 2012 fließen aus dieser Förderung 100 TEURO dem Verein zu. Gleichzeitig wurde jedoch eine bisherige Förderung von 25 TEURO eingestellt. Mithin fließen dem Verein im Saldo 75 TEURO zu. Mit diesem Betrag kann nunmehr die bisherige Finanzierungslücke, die in den letzten Jahren entstanden war, geschlossen werden. Entstanden war diese Lücke durch den Wegfall einer jährlichen Förderung der Krupp-Stiftung ab 2010 von 30 TEURO, durch ein kleineres Spendenaufkommen sowie durch preisabhängig gestiegene Kosten.

Insgesamt betrug das Geldvermögen des Gesamt-Vereins am 31.12.2010 rund 414 TEURO. Hiervon entfallen 312 TEURO auf die Arbeitsgemeinschaften. Der Anteil der Bundesgeschäftsstelle betrug 102 TEURO. Darin ist jedoch ein Betrag von rd. 36 TEURO enthalten, der für die Arbeitsgemeinschaft Hamburg treuhänderisch gehalten wird. Das Geldpolster der Bundesgeschäftsstelle betrug somit am 31.12.2010 rd. 66 TEURO. Ein sehr dünnes Polster. Ich hoffe sehr,

dass sich der Zustand in den kommenden Jahren verbessern wird.

Nun zu den Ihnen vorliegenden Finanzberichten der Bundesgeschäftsstelle für die Jahre 2010 und 2011. Beide Finanzberichte wurden Anfang August dieses Jahres von den Rechnungsprüfern, Herrn Dr. Krein und Herrn Lieber, geprüft. Es ergaben sich hierbei keine Beanstandungen.

Der Finanzbericht 2010 schließt mit einem Fehlbetrag von 40 TEURO, der Finanzbericht 2011 konnte mit einem geringen Plus von 3 TEURO ausgeglichen gestaltet werden.

Da die Ihnen vorliegenden Finanzberichte durch ihre tiefe Gliederung und durch die Ergänzenden Angaben sich weitestgehend selbst erläutern, werde ich auf die einzelnen Positionen der Berichte nicht weiter eingehen.

Aufmerksam machen will ich bei den Einnahmen nur auf die dominierende Position der Mitgliedsbeiträge in beiden Berichten und den beklagenswert kleinen Anteil der Spenden. Um so wichtiger ist die institutionelle Förderung ab 2012.

Die Ausgaben konnten, trotz vieler Preissteigerungen, durch sparsames Wirtschaften überwiegend konstant gehalten werden.

Der Gesamt-Finanzbericht 2010, also der Bericht, der den Bericht der Bun-

desgeschäftsstelle und die Berichte aller Arbeitsgemeinschaften enthält, liegt dem von uns beauftragten Steuerbüro vor und wird Eingang in die Steuererklärungen finden. Eine Arbeitsgemeinschaft hatte ihren Finanzbericht trotz wiederholter Aufforderungen nicht abgegeben. Hier wurde der Finanzbericht anhand der von der Bank abgeforderten Kontoauszüge erstellt. Eine Situation, die dauerhaft nicht hinnehmbar ist.

Leider konnte das Jahr 2011 bisher nicht abschließend behandelt werden, da sechs Arbeitsgemeinschaften zum jetzigen Zeitpunkt ihre Finanzberichte für 2011 noch nicht abgegeben haben. Ein weiterer Bericht ist noch fehlerbehaftet. Auch gibt es immer noch 2 Arbeitsgemeinschaften, die nicht das vorgegebene Formular verwenden.

Ich erinnere an dieser Stelle daran, dass der Finanzbericht nach unserer Satzung bereits acht Wochen nach Jahresabschluss dem Präsidium vorliegen muss. Da Mitte 2013 die Finanzberichte der Jahre 2010, 2011 und 2012 vorliegen müssen, damit der Freistellungsbescheid für die Jahre 2010 bis 2012 beantragt werden kann, richte ich meine dringende Bitte an Sie, die ausstehenden Berichte 2011 nunmehr abzugeben und die Finanzberichte für 2012 in dem satzungsgemäß vorgegebenen Zeitrahmen abzugeben.



Volker Heidmann

Damit bin ich eigentlich am Ende meines Berichtes.

Ich möchte jedoch die Gelegenheit nutzen, den drei Damen der Geschäftsstelle, nämlich Frau Radhauer, Frau Haller und Frau Gürtler, meinen Dank auszusprechen für die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Und Ihnen, meine Zuhörer, danke ich für Ihre Geduld und Ihre Aufmerksamkeit. ■



Gitta Connemann MdB



Esther Haß, AG Kassel



Dr. Kay Schweigmann-Greve



Lothar Galow-Bergemann, Bärbel Illi



Prof. Dres. h.c. Manfred Lahnstein, Dr. h.c. Johannes Gerster

Protokoll der Rechnungsprüfung

am 6. August 2012 in der Bundesgeschäftsstelle Martin-Buber-Str. 12, 14163 Berlin für die Haushaltsjahre 2010 und 2011. Die Rechnungsprüfung fand am 6. August 2012 in der Zeit von 11.00 h bis 14.00 h statt.

Vorbemerkung:

Der Prüfungsgegenstand ist die Rechnungslegung der Bundesgeschäftsstelle Berlin. Die DIG ist in der Rechtsform eines Vereins organisiert und insgesamt beim Finanzamt für Körperschaften Berlin I erfasst.

Der Schatzmeister fasst die Einnahmen und Ausgaben der Arbeitsgemeinschaften und der Bundesgeschäftsstelle zusammen und plausibilisiert die Angaben. Diese Zusammenstellung wird an die von der DIG beauftragte Steuerberatungsgesellschaft weitergeleitet, die die Zahlen wieder plausibilisiert und gemäß steuerlicher Anforderungen im Jahresabschluss zusammenfasst.

Die notwendigen Steuerklärungen werden daraus abgeleitet.

1. Die zur Prüfung erforderlichen Unterlagen und alle als notwendig erachteten Auskünfte wurden bereitwillig erteilt und entsprechende Unterlagen zur Einsichtnahme vorgelegt.

2. Es wird zustimmend zur Kenntnis genommen, dass in überschaubaren

Abständen ein Abgleich zwischen den Ist- und Sollsummen des Haushaltsplans vorgenommen und sowohl dem Geschäftsführenden wie dem Präsidium zur Kenntnis gegeben wird.

Die Vorträge und Endsalden wurden ordnungsgemäß übertragen. Dazu wurden der Bestand der Konten

- SEB (heute Santander)
- Sparkasse Berlin
- Postbank
- Kasse

lückenlos geprüft. Die Eröffnung der Bestände zum 1.1.2012 wurde ebenso lückenlos nachvollzogen.

Die Rechnungsprüfer regen an, dass die Aufstellung der Geldbestände des Jahres ergänzt wird um die Aussagen zu den Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die Rechnungsprüfer bemängeln, wie in den Vorjahren, dass es immer noch Arbeitsgemeinschaften gibt, die die erforderlichen Abrechnungen nicht vorgelegt haben. Insgesamt handelt es sich im August 2012 um sieben von 51 Arbeitsgemeinschaften. Die Arbeitsgemein-

ten erhalten ihren Beitragsanteil erst nach Vorlage der Finanzberichte. Die Rechnungsprüfer sind damit einverstanden.

Die Rechnungsprüfer weisen darauf hin, dass Mitte 2013 alle Finanzberichte der Arbeitsgemeinschaften vorliegen müssen, damit der Freistellungsbescheid für die Jahre 2010 bis 2012 beantragt werden kann.

Die Rechnungsprüfer empfehlen, die Arbeitsgemeinschaften aufzulösen, die mehrmals nicht innerhalb der vorgesehenen Fristen zuzüglich von zwei schriftlichen Mahnungen einen Finanzbericht vorlegen. Das Finanzamt verlangt Mitte 2013 zur Erneuerung der Gemeinnützigkeit (und damit auch der Spendenabzugsfähigkeit) die Vorlage der Finanzberichte.

Die Rechnungsprüfer schlagen eine zeitnahe Umsetzung dieser Empfehlung vor.

Die Rechnungsprüfer stellen fest, dass für das Haushaltsjahr 2012 eine institutionelle Förderung in Höhe von 100.000 € durch das Auswärtige Amt bewilligt wurde. Die Rechnungsprüfer haben die Auswirkungen der Förderung gründlich erörtert. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass die Förderung die Arbeit der DIG langfristig sichern kann. Die Rechnungsprüfer regen an, mit den Zuschussgebern im Detail abzustimmen, welche Verfahren angewandt werden müssen und mittels welcher Regularien Anpassungen vorgenommen werden können.

Die Rechnungsprüfer haben sich über die Finanzierung des DIGmagazins informiert und festgestellt, dass die Finanzierung aufgrund der institutionellen Förderung über das Jahr 2012 gesichert erscheint.

Die Rechnungsprüfer haben sich über die Projektförderung informiert und haben keine Feststellungen.

Die Rechnungsprüfer regen an, die Kostenentwicklung zu beobachten, um ggfls. rechtzeitig gegensteuern zu können, wenn Einnahmen absehbar nicht mehr realisiert werden.

Die Prüfung insgesamt ergab keine Beanstandungen. Die Rechnungsprüfer danken dem Schatzmeister Herrn Heidmann, der Geschäftsführerin Frau Radhauer und vor allem der Buchhalterin Frau Haller und Frau Gürtler für ihre Arbeit und stellen fest, dass die Rechnungslegung ordnungsgemäß vorgelegt wurde.

Anwesend waren:

- Dr. Rainer Krein
- Michael Lieber
- Volker Heidmann, Schatzmeister
- Johanna Haller, Buchhalterin
- Diana Gürtler, Sachbearbeitung
- Hildegard Radhauer, Geschäftsführerin

Berlin, 6. August 2012

Dr. Rainer Krein
Rechnungsprüfer

Michael Lieber
Rechnungsprüfer



Maria und Erich Deinzer



Heike-Anna Grunewald, Beate Gashon-Stoltenberg



Dr. Rainer Krein



Hildegard Radhauer, Burkhard Hirsch, Bundestagsvizepräsident a.D.



Prof. Dres. h.c. Manfred Lahnstein, Barbara Hoffs



Wolfgang Freitag, Ingo Carl

Die Diaspora und Israel – auf der Suche nach einer Wertegemeinschaft

Von Prof. Dr. Walter Homolka

Es gibt eine traditionelle Einheit zwischen dem Gott Israels, dem Volk Israel und dem Land Israel. Deswegen auch die Regel, dass das Wohnen im Land alle anderen Gebote aufwiegt. Denn für orthodoxe Juden ist das Halten der 613 Ge- und Verbote eng mit dem Land Israel verknüpft. Sehr viele dieser Ge- und Verbote lassen sich nur dort richtig halten. Tatsache ist aber auch: jüdische Erfahrung bewegt sich längst elliptisch zwischen zwei Polen. Der eine ist das

sind Juden früh zu Spezialisten der Mobilität geworden. Oft hat ihre Umwelt sehr dazu beigetragen, gerade die christliche. Spätestens mit den Kreuzzügen begann für die Juden Europas ein mühseliges Leben in Ausgrenzung und ständiger Wanderschaft. Vergleichsweise besser war es unter islamischer Herrschaft. Rabbiner Isaak Zarfati lud 1470 alle deutschsprachigen jüdischen Gemeinden ein, sich doch im Osmanischen Reich anzusiedeln. Und als Isabella die Katholische ihr Spanien endgültig „judenrein“ haben wollte, schickte 1492 Sultan Bayezid II. sogar Schiffe und nahm viele Juden bei sich auf. Er sprach sich Impulse für sein Land, weil Juden als Händler seit jeher zu den Katalysatoren der Globalisierung gehört haben. So wurde die Tora, um mit Heinrich Heine zu sprechen, das „portative Vaterland“ der Juden. Und Mobilität zu einem Markstein jüdischer Identität.

Für mich hat der Staat Israel damit nicht mehr so sehr eine religiöse Basis. Und doch hat der große liberale Rabbiner Leo Baeck festgestellt: „Wo immer ein Jude auf der Welt lebt, der neue Staat Israel geht ihn an, ja muss ihn angehen. und er wirkt auch auf ihn ein, ob er will oder nicht.“ Und das stimmt wirklich. Denn selbst wenn Juden dem Staat Israel neutral gegenüber stehen, wirkt er ja auf sie ein. Denn wir Juden, und das gerade in Deutschland, werden mit dem verbunden, was dort passiert, und wir müssen dazu immer wieder Position beziehen.

Für mich ist deshalb auch interessant und wichtig, dass es für Juden bei der Landverheißung und ihrer Erfüllung nicht einfach um ein Besitzrecht geht,

Rabbiner Prof. Dr. Walter Homolka ist Rektor des Abraham Geiger Kollegs zur Ausbildung von Rabbinern in Europa und Mitglied des Executive Board der World Union for Progressive Judaism mit Sitz in Jerusalem.

sondern vor allem um eine Aufgabe. Das wird auch in der Unabhängigkeitserklärung des an sich säkularen Staates Israel deutlich. Denn dort heißt es über den jüdischen Staat, er werde sich auf Freiheit und auf Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten stützen. Damit ist ein Konzept vorgegeben, auch wenn es - schaut man auf die aktuelle Politik - nicht immer verwirklicht wird.

Überfordert ein so hoher Anspruch nicht ein Land und seine Bürger? Ich meine: Nein. Vielmehr muss darüber gestritten werden, wie die Politik diesem hohen Anspruch gerecht wird. Denn eine große Anzahl von Juden weltweit betrachten mit Missvergnügen und Sorge

Israel ist sowohl ein jüdischer Staat als auch ein Staat aller seiner Bürger.

die Spannungen, die sich aus Anspruch und Wirklichkeit ergeben. Antidemokratische Tendenzen, ein sich kontinuierlich fortsetzender politischer und religiöser Rechtsruck, die Diskriminierung nicht-jüdischer Minderheiten und die Herabwürdigung der Frauenrechte sind eine Belastung für unsere Solidarität mit dem Staat Israel. Wenn orthodoxe Juden darauf dringen, dass in den Stadtbussen Jerusalems Männer und Frauen getrennt sitzen, stößt das bei uns auf Befremdung. Wenn betende Frauen mit Polizeigewalt von der westlichen Tempelmauer entfernt werden, wie dies kürzlich erst Anat Hoffman vom „Israel Religious Action Center“ und den Frauen von „Women of the Wall“ geschehen ist, bedeutet dies einen eklatanten Bruch von Gleichheitsrechten, die der Oberste Gerichtshof im Jahr 2000 den Frauen explizit zugestanden hatte. Wenig später jedoch setzten die rechtsreligiösen Parteien ein Gesetz durch, das Frauen das Tragen des Gebetsschals, der Gebetsriemen oder das Vorlesen aus der Torarolle verbietet. So wird deutlich: die israelische Regierung verzögert und untergräbt Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs aus politischen Rücksichten und beschädigt damit das Rechtsstaatslichkeitsprinzip. Für uns Deutsche ist das schwer hinnehmbar, haben wir doch gelernt, wie das Grundgesetz und damit die Grundwerte unserer Gesellschaft durch ein starkes Bundesverfassungsgericht geschützt und bewacht werden.

Doch noch gefährlicher für Israel ist die wachsende Distanz nordamerikanischer Juden. Der Präsident der „Union for Reform Judaism“, Rabbiner Rick Jacobs, stellte unlängst vor der Generalversammlung der „Jewish Federations“ in Baltimore fest: „American Jews are ‚afraid‘ to talk about Israel because they don't see an Israel that reflects their core values.“ Gusti Braverman, die Vorsitzende der Abteilung für Diasporaangelegenheiten der Zionistischen Weltorganisation, warnte in Haaretz, diese kritische Sachstandsanalyse dürfe in Israel nicht auf taube Ohren stoßen.

Juden in der Diaspora haben sich als verlässlicher Partner Israels bewährt, wir sprechen ein prinzipielles Ja zu diesem Staat und seiner funktionierenden Demokratie. Deshalb ist Jerusalem seit 1973 auch der Hauptsitz des liberalen Judentums, der Weltunion für Progressives Judentum, deren Vorstandsmitglied ich bin. Das ist unser Ausdruck der Solidarität mit dem Staat Israel, der in einer wirklich prophetischen Situation, nach der Schoa, zur Heimstätte für das jüdische Volk geworden ist.

Doch unsere Solidarität als Juden der Diaspora muss durch Israel auch solidarisch beantwortet werden. Das heißt, dass man unsere Treue und Anhänglichkeit nicht auf existentielle Proben stellen darf. Denn wir halten auch für wahr, was der Oberste Gerichtshof in seinen Entscheidungen immer wieder deutlich macht: Israel ist sowohl ein jüdischer Staat als auch ein Staat aller seiner Bürger. So sind Juden in der Diaspora heute ein durchaus kritischer Partner Israels.

Reinhold Robbe analysiert: „Deutschland ist durch den Holocaust mit Israel und dem jüdischen Volk weltweit verbunden. Daraus erwächst große Verantwortung.“

Damit beschwört der Präsident der DIG eine Schicksalsgemeinschaft. Diese gilt für Juden wie Nichtjuden gleichermaßen – und hier in Deutschland besonders. Doch ich möchte den Blick weiten auf die Erfordernis einer Wertegemeinschaft. Unsere Zivilgesellschaften müssen voneinander lernen und sich auch bereichern. Ein Streit über den richtigen Weg sollte auf der Basis gemeinsamer Werte möglich sein. Bleiben wir gemeinsamen engagiert für ein demokratisches und pluralistisches Israel. ■

Säkularität und Beschneidung Anmerkungen zu einem Dilemma

Von Klaus Beckmann

Das Landgericht Köln hat in zweiter Instanz die rituelle Beschneidung eines vierjährigen muslimischen Jungen als Körperverletzung gewertet. Absehbarer Weise hat dieses Urteil auf Muslime und Juden in Deutschland erhebliche Auswirkungen, in der Öffentlichkeit löste es eine lebhaftige Debatte aus. Mir als jahrelangem Teilnehmer am jüdisch-christlichen Dialog, Freund Israels und entschiedenem Befürworter der modernen Demokratie – wobei die Nähe zum Staat Israel sich vor allem politischen Überzeugungen verdankt – wohne in dieser Frage zwei Seelen in der Brust, selten war ich so stark hin- und hergerissen.

Welch hohes Gut unsere säkulare Grundordnung ist, wird gerade an der Geschichte der Juden in Europa deutlich. Keine andere Gruppe hat, mit historischer „Tiefenschärfe“ betrachtet, ein vergleichbar vitales Interesse an staatlicher „Aufgeklärtheit“ wie die Juden, denn erst durch die Französische Revolution und ihre strikte Trennung von Recht, Politik und Religion wurde die Gleichberechtigung der Juden in Europa auf den Weg gebracht. Klar muss sein, dass der Staat die Grundrechte des Einzelnen nicht religiösen Traditionen zuliebe einschränken darf. Die Integrität des Individuums – gerade des ganz jungen Menschen, der sich nicht selbst artikulieren und wehren kann – muss unbedingten Vorrang besitzen. Der religionsneutrale, die individuellen Grundrechte schützende Staat garantiert heute die Freiheit der jüdischen Gemeinden – im Unterschied zu den „Gottes-

staaten“ im islamischen Kulturkreis, wo Juden bestenfalls als Menschen zweiter Klasse geduldet sind. Wenn Dieter Graumann, der als kompetent und umsichtig geltende Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, jetzt sagt, unser Staat müsse in Fragen der Beschneidung schon mit dem lieben Gott verhandeln, ist das zwar aus persönlicher Aufgebrachtheit heraus verständlich, sachlich gesehen aber verfehlt und gefährlich, bewegt es sich staatsrechtlich doch auf vorauflärerischem Niveau. Gäbe der Staat beim individuellen Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit dem religiösen Traditionsargument nach, wie wollte er widerstehen, forderten andere Religionen Mädchenverstümmelung oder gar Witwenverbrennung als ihr Brauchtum ein?

Auf der anderen Seite ist es mir ein unerträglicher Gedanke, dass ausgerechnet in Deutschland jüdische Lebenspraxis kriminalisiert werden könnte. Dies nicht nur aus Gründen der historischen deutschen Schuld; das jüdisch-biblische Erbe mit seinem Verständnis des Menschen ist eine maßgebliche Quelle des „westlichen“ Freiheitsgedankens, der sich hierzulande bekanntlich nur verzögert und mit vielen Rückschlägen durchsetzte. Ein „Durchdrücken“ staatlicher Säkularität gegen das Judentum berührt somit in paradoxer Manier die kulturellen Grundlagen der freiheitlichen Wertordnung.

Eine rechtsstaatlich „saubere“ Lösung für dieses Dilemma sehe ich nicht. Auf jeden Fall sollte eine gesetzliche Regelung der Beschneidung berücksichtigen, welche Haltung die Bundesrepublik seit ihren Anfängen zur jüdischen Gemeinschaft eingenommen hat. Die Gemeinden haben seit Jahrzehnten öffentlich-rechtlichen Status, d. h. der Staat hat auf Augenhöhe mit ihnen kooperiert und Verträge geschlossen – und dabei war die traditionelle Beschneidungspraxis immer selbstverständlich im Hintergrund mit inbegriffen.

Dr. theol. Klaus Beckmann, evangelischer Theologe und Judaist, langjähriges DIG-Mitglied, Lehrbeauftragter für Kirchengeschichte an der Uni Saarbrücken, 2010/11 Bildungsbeauftragter des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Saar, seit 2011 Militärseelsorger

Bei Muslimen ist die Beschneidung nicht so eindeutig religiöse Pflicht wie bei Juden. Die im Islam übliche Beschneidung größerer Kinder scheint zudem ein schwereres Problem darzustellen, weil ihr Schmerzempfinden nach Meinung von Medizinern ausgeprägter ist als das von Säuglingen. In Schweden sind aus diesem Grund rituelle Beschneidungen seit 2001 nur bis zum zweiten Lebensmonat zulässig. Ob Säuglinge unter der Beschneidung weniger leiden,

ist allerdings umstritten. Sigmund Freud hielt das Ritual für traumatisch und traumatisierend; er ließ seine Söhne nicht beschneiden.

Politisch scheint mir die ganze Debatte indes fehl am Platz. Aller Erfahrung nach hat die B'rith Mila das Aufwachsen vieler kritischer, kreativer und freier Persönlichkeiten im Judentum nicht behindert. Die neuralgischen Punkte der Integration von Muslimen in westliche Gesellschaften liegen anderswo, besonders im Be-

reich Erziehung und Bildung. Auch wenn Juden sich keine andere Staatsordnung als eine strikt säkulare wünschen können und der Schutz des Kindeswohls ein wichtiges rechtsstaatliches Anliegen ist, kann es gesellschaftspolitisch nur kontraproduktiv wirken, jetzt das Fass „Beschneidungsverbot“ aufzumachen. Auf die Weisheit des Gesetzgebers bin ich gespannt – und ich beneide niemanden, der hier entscheiden muss. ■

Trauer um Siegfried Vergin

Von Christian Lange MdB

Siegfried Vergin wurde am 17. März 1933 in Freienwalde in Pommern geboren. Nach dem Abitur und anschließendem Studium wurde er Lehrer in Rostock, bevor er die DDR verließ und in den Westen floh. Sein Weg führte ihn nach Mannheim, wo er ab 1957 weiter als Lehrer arbeitete. Von 1968 bis 1976 war er dort Rektor der Friedrichsfeldschule und anschließend bis 1991 hauptamtlicher Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Baden-Württemberg.

Die Erfahrung zweier Diktaturen, der nationalsozialistischen und später der SED-Diktatur, sollte Siegfried Vergins Leben, seine Arbeit und sein gesellschaftliches Engagement entscheidend prägen. 1960 trat er in die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ein. Er war mehrere Jahre Ortsvereinsvorsitzender in Mannheim, engagierte sich in der Arbeiterwohlfahrt und war von 1965 bis 1971 Mitglied im Mannheimer Stadtrat.

Bei der Wahl zum Deutschen Bundestag im Jahr 1990 erreichte Siegfried Vergin im damaligen Wahlkreis Mannheim I das einzige Direktmandat der SPD in Baden-Württemberg. Vier Jahre später wurde er erneut über die Landesliste Baden-Württemberg gewählt. Während seiner ersten Wahlperiode war er ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung und Wissenschaft und stellvertretendes Mitglied unter anderem im Innenausschuss, dessen ordentliches Mitglied er in der darauffolgenden Legislaturperiode wurde.



Seine Mitgliedschaft in den Ausschüssen des Deutschen Bundestags verdeutlicht die Schwerpunkte von Siegfried Vergins politischem Wirken. Neben dem Beruf als Lehrer, der sich in seinem bildungspolitischen Engagement widerspiegelte, gehörte dazu insbesondere auch sein Einsatz für Demokratie als Mitglied im Innenausschuss und vor allem als stellvertretender Vorsitzender der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der Deutschen Einheit“.

Aufgrund seiner Erfahrungen mit der Herrschaft der Nationalsozialisten fand Siegfried Vergin eine seiner Lebensaufgaben im Kampf gegen Extremismus und für die Toleranz der Kulturen untereinander. Insbesondere durch sein Ein-

treten für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland und für den Staat Israel machte er sich deutschlandweit einen Namen – er stand für die deutsch-israelische Freundschaft wie kaum ein anderer. In den Jahren 1993 bis 2000 war Siegfried Vergin Mitglied des Präsidiums; ab 1994 gestaltete er als Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) die Arbeit der Gesellschaft mit. In diese Zeit fällt auch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar / Mannheim. Aufgrund seiner Initiative ist es gelungen, dass sich 1993 der Förderverein für Deutsch-Israelische Begegnungen e.V. mit weiteren Israelfreunden aus der Region zu einer lokalen, sehr aktiven, Arbeitsgemeinschaft der DIG zusammenschloss. Bis heute ist die DIG-Arbeitsgemeinschaft von seinem Geist geprägt – und gehörtsicherlich zudenaktivsten. 2003 musste er leider aus gesundheitlichen Gründen als Vorsitzender seiner Arbeitsgemeinschaft zurücktreten. Die Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar ernannte ihn umgehend zum ihrem Ehrenvorsitzenden. Auch von anderen wurde er vielfach für sein Engagement geehrt, u.a. mit der Ehrenmedaille der Jüdischen Gemeinde Mannheim, einem Eintrag ins Goldene Buch des jüdischen Nationalfonds in Jerusalem und mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

Am 5. November 2012 verstarb Siegfried Vergin im engsten Familienkreis. Er wurde 79 Jahre alt. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hat mit ihm einen großartigen, einen wunderbaren Menschen verloren. Sein Engagement gegen Extremismus und für Israel wird uns immer ein Vorbild sein. Er wird der DIG sehr fehlen! ■

Vergesst Auschwitz! Der deutsche Erinnerungswahn und die Endlösung der Israel-Frage

Die Forderung von Henryk M. Broder lässt aufhorchen. Sie wird im Buch noch fortgeführt: „Vergesst Auschwitz – bevor es zu spät ist!“ Zunächst stellt er Aspekte der Israelkritik, des Antisemitismus und Antizionismus vor, in jedem der zwölf Kapitel mit einem anderen Schwerpunkt – wie die Kölner „Klagemauer“, Ken Jepsen bei rbb, das umstrittene Zitat Ahmadinedschads oder Günter Grass. Erst im letzten Teil betont Broder worum es ihm geht: Auschwitz zugunsten einer proisraelischen Zukunftsperspektive zu vergessen. Broder macht einen obskuren, ja absurden Gegensatz auf: Entweder wir erinnern an den Holocaust oder wir setzen uns für Israel ein. Das sowohl-als-auch fällt über den Tellerrand dieses arg eingengten Blickwinkels.

Neben „Abertausenden von jungen Deutschen“, die „durch die Konzentrationslager geschleust werden“ stehen „Tausende von israelischen Jugendlichen“, die „als Israelis nach Auschwitz fahren und als Juden zurückkommen“, [...] hysterisiert und traumatisiert [...] überzeugt, dass die Palästinenser die Nazis von heute sind, was ebenso skandalös ist wie die Behauptung, Gaza sei das Warschauer Ghetto von heute.“ (S. 173) Diese Äquidistanz ist schon merkwürdig für Broder. Broder „interessieren die toten Juden nicht.“ (S. 172)

Die französische Psychoanalytikerin Janine Chasseguet-Smirgel, die von osteuropäischen Juden abstammt, stellt zwei Gruppen von Kindern Holocaust-Überlebender gegenüber: „Jenen, die ausrufen ‚Hütet euch vor Museen‘ antwortet der Ruf [...]: ‚Wir sind die Museen, in denen unsere Eltern und Großeltern ihre Erinnerungen, Erfahrungen und Alpträume eingeschlossen haben.[...]‘ Wer jedoch ausruft: ‚Hütet Euch vor Museen‘ oder ‚Fuck the six million dead‘, ist [...] in die Falle einer erbarmungslosen Schlacht gegen die Macht seiner Elterngeschichte und der Geschichte unseres Jahrhunderts geraten.“ (Vorwort, in: Ilany Kogan: Der stumme Schrei der Kinder, Gießen, 2009, S. 14)

Nach einer Umfrage im Januar 2012 kann jeder fünfte junge Erwachsene



nichts mit dem Begriff Auschwitz anfangen. Broder jedoch nimmt bei den Deutschen einen „Erinnerungswahn“ wahr,

Kaffee?

Der im vorigen Jahr erschienene Roman des Architekten und Vaters dreier Kinder Arie Dror spielt im Jahre 1966 in Akko. Er gibt eindrucksvoll die Atmosphäre des Verhältnisses junger Israelis zu Deutschen und die emotionalen Probleme der Sabres gegenüber den gleichaltrigen Deutschen und ihrer Elterngeneration wieder. Die knappe Rahmenhandlung spielt in heutiger Zeit und lässt die noch immer hilflose Reaktion auf die damalige Zeit selbstkritisch erkennen.

Im Mittelpunkt des Romans steht die Lebensbeichte der deutschen Mutter eines jungen Mädchens, in das sich ein gerade zum Militärdienst eingezogener Junge verliebt hat. In vielen Begegnungen gelingt es der Mutter und dem Freund der Tochter in ein von niemandem gestörtes Gespräch zu kommen, wobei der junge Soldat staunend und ungläubig fragt und so die verschlossene Mutter, die bei

„der pathologisch ist.“ (S. 155) „Man kann“ – schreibt Broder – „mit guten Gründen die Singularität des Holocaust in Frage stellen und auf Armenien, Kambodscha, Ruanda und andere Völkermorde verweisen.“ (S. 131) Die „guten Gründe“ dieser Relativierung nennt Broder nicht.

Mit der Realität einer atomaren Bedrohung im Nahen Osten besitzt die Unterscheidung von Antisemitismus und Antizionismus kaum noch Bedeutung. Broders Buch bleibt aber durchaus oberflächlich und unanalytisch, trotz seiner so positiven pro-Israel Haltung. Er sieht nicht, dass erst durch Erkenntnis und Erinnerung verantwortungsbewusstes Um- und Weiterdenken möglich wird. Damit fördert er unabsichtlich Gruppierungen der Neuen Rechten, wenn er die gefährliche Ausbreitung des Islamismus und der antiwestlichen Ideologie benennt, aber die Erinnerung an die Shoah als bedeutungslos herabstuft. In den USA wird diese Gegenüberstellung von Erinnerung an den Holocaust und pro-Israel Engagement nur Kopfschütteln hervorrufen. ■

Dr. Barbara Fritz

● Henryk M. Broder: *Vergesst Auschwitz! Der deutsche Erinnerungswahn und die Endlösung der Israel-Frage*, Albrecht Knaus Verlag, München 2012, 176 Seiten

Kriegsende einen bei der Roten Armee untergekommenen rumänischen Juden kennen lernte und diesen vor der Einwanderung heiratete, zum Sprechen und Erklären bringt.

Die Lebensgeschichte ist so abenteuerlich und ungewöhnlich, wie sie sich ein Schriftsteller ohne Vorlage aus dem wahren Leben nicht ausdenken könnte. Das Buch gibt tiefe Einblicke in das Leben in Deutschland im „Dritten Reich“ und die emotionalen Reaktionen eines damals jungen Soldaten auf das Erfragte. Ein von der ersten bis zur letzten Seite spannender Roman, der für jeden an den deutsch-israelischen Beziehungen Interessierten sehr hilfreich sein kann. Eine baldige Übersetzung ins Deutsche ist dem Buch und vor allem den deutschen Lesern sehr zu wünschen. ■

Roland Neidhardt

● Arie Dror, *Kaffee?*, Verlag Rimomim, Israel 2011, hebräisch, 240 Seiten

Volkswagen AG unterstützt jüdisch-arabisches Bildungsprojekt in Jerusalemer Hörbehindertenschule

Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft fördert dank der Volkswagen AG in Wolfsburg die Jerusalemer Hattie Friedland Schule, ein Projekt der Jerusalem Foundation für hörbehinderte Kinder aus hebräisch und arabisch sprechenden Familien.

Die Kinder im Alter von sechs bis 21 Jahren werden in der multikulturellen, bilingualen Umgebung unter-

richtet. Teils körperlich, teils geistig stark behindert, lernen sie nicht nur den Umgang mit ihrer Behinderung im Alltag, sondern auch das Zusammenleben mit verschiedenen ethnischen Gruppierungen.

Die Programme sind denkbar vielseitig – vom einfachen Schwimmunterricht über professionelle Sprachübungen bis hin zur geschulten Integration.

Mitgliederversammlung der JFD e.V. in Berlin

Am 25.06.2012 fand die jährliche Mitgliederversammlung der Jerusalem Foundation Deutschland e.V. statt, diesmal in den Räumlichkeiten der Landesvertretung des Freistaats Sachsen beim Bund. Eingeladen hatte der Sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich als Mitglied der Jerusalem Foundation Deutschland.

Ministerpräsident a.D. und Bundesminister a.D. Dr. Jürgen Rüttgers wurde erneut zum Vorsitzenden gewählt.

Ebenfalls in ihren Funktionen bestätigt wurden als bisheriger und neuer 2. Vorsitzender der amtierende Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Matthias Platzeck, sowie Anke Eymers als Schatzmeisterin.

Mark Sofer, Internationaler Präsident der Jerusalem Foundation, reiste zu diesem Anlass und weiteren Treffen (s. auch Bericht zu Erlangen) mit Freunden der Jerusalem Foundation erstmals in seiner neuen Funktion nach Deutschland.

Erlangen und die Jerusalem Foundation

Vom 12. bis 15. Juni 2012 hieß die Jerusalem Foundation führende Mitglieder aus aller Welt zum strategischen Treffen in Jerusalem willkommen. Unter den Teilnehmern war auch die Erlanger Bürgermeisterin und Referentin Soziales, Dr. Elisabeth Preuß. Seit einigen Jahren engagiert sie sich maßgeblich bei der Jerusalem Foundation, war bereits mehrfach vor Ort und wurde dank ihrer vielfältigen Unterstützung 2012 offiziell in die Jerusalem Foundation Deutschland e.V. aufgenommen.

Auch in ihrer Stadt setzt sich die Bürgermeisterin bewundernswert für interreligiösen und interkulturellen Dialog ein.

Mark Sofer, Internationaler Präsident der Jerusalem Foundation, folgte kürzlich ihrer Einladung nach Erlangen. Gemeinsam mit Gabriele Appel, Deutschland-Direktorin der Foundation, begleitete ihn Frau Dr. Preuß durch ein vielseitiges Pro-

gramm einschließlich Eintrag ins Goldene Buch der Stadt, Besuch des Stadtmu-

seums, Stolperstein-Projekt sowie Begegnungen u.a. mit der Vorsitzenden der Erlanger

Jüdischen Gemeinde, Esther Klaus, sowie Rabbiner Dani Danieli.



Mark Sofer trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Erlangen ein. Stehend im Hintergrund v. l.: Esther Klaus, Dr. Elisabeth Preuß, Rabbiner Dani Danieli. (Quelle: Erlanger Nachrichten / Foto: Bernd Böhner)

„Deutschland und Deutsche in Jerusalem“

Auf Einladung der Konrad Adenauer Stiftung, Mishkenot Sha'ananim, der Deutschen Botschaft in Israel und der Jerusalem Foundation wurde am 14. August 2012 im Konrad-Adenauer-Konferenzzentrum das Buch „Deutschland und Deutsche in Jerusalem“ vorgestellt. Das



Werk umfasst eine Sammlung der Beiträge deutscher und israelischer Forscher, die

sich mit dem Einfluss Deutscher in Jerusalem befassten und ihre Ergebnisse bei einer Konferenz in Mishkenot Sha'ananim im März 2007 präsentierten.

Und in der Tat zeigt der vorliegende Band, wie prägend der deutsche Einfluss in unterschiedlichsten Bereichen war – gleich ob in Erziehung, medizinischer Versorgung, sozialer Fürsorge, Tourismus und Landwirtschaft oder in der Baukunst. Zahlreiche Kirchen, Schulen, Hospize und die Deutsche Kolonie sind aus dem Panorama der Stadt nicht wegzudenken.

Der Sammelband ist mit zahlreichen historischen Schwarz-Weiß-Fotografien beim israelischen Keter-Verlag (ISBN 978-965-91794-0-4) erschienen und kann für € 20 inkl. Versand bei Mishkenot Sha'ananim unter limor@mishkenot.org.il bestellt werden.

Hessen setzt sich für Koexistenz in Jerusalem ein

Unter dem Motto „Mehr Toleranz durch Sport“ erhielt das jüdisch-arabische Streetball-Turnier der Jerusalem Foundation finanzielle Unterstützung durch die Hessische Staatskanzlei. Ministerpräsident Volker Bouffier ist Mitglied der Jerusalem Foundation Deutschland e.V.

Seit 2003 finden die Streetball-Turniere alljährlich mit dem Ziel statt, durch Sport Ängste und Misstrauen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppierungen abzubauen. Jüdische und arabische Jugendliche treffen sich hierzu im Koret Liberty Bell Park, nehmen gemeinsam an den

interkulturellen Turnieren teil und tauschen Erlebnisse miteinander aus.

Die 150-200 Teilnehmer unterschiedlichster Glaubensrichtungen und Herkunft begegnen



Möchten Sie mehr über die Jerusalem Foundation und ihre aktuellen Projekte erfahren?

Eine Praktikantin der Jerusalem Foundation und seit kurzem bekennende Jerusalem-Liebhaberin hat sich auf den Weg gemacht, die Stadt zu erkunden, Projekte der Stiftung zu besuchen und Eindrücke zu sammeln – immer auf den Spuren der Tulpe, unseres Logos. Die Ergebnisse ihrer Entdeckungsreise wurden jetzt in einer kleinen Broschüre zusammengefasst, die Sie ab sofort kostenlos bei Gabriele Appel bestellen können: Gabriele Appel, M.A., National Director Germany THE JERUSALEM FOUNDATION Chopinstr. 16, D-81245 München T +498989670213 / F +498983957 / M +4915116544964 gabrielea@jflm.org www.jerusalemfoundation.org/de

sich „im Herzen Jerusalems“ in einem freien, ungezwungenen Klima. So lassen sich Brücken der Verständigung bauen und mehr Toleranz durch Sport erlernen – mit nachweislichem Erfolg und dies bereits zum siebten Mal.

IMPRESSUM

Jerusalem Foundation
Internet: www.jerusalemfoundation.org
Irène Pollak-Rein, M.A., Sonderberaterin des Präsidenten, Direktorin der Abteilung für deutschsprachige Länder
11, Rikva Street • POB 10185 • Jerusalem 91101 • Israel
Tel.: 009 72-2-675 17 13 • Fax: 009 72-2-565 10 10
E-Mail: irenep@jflm.org
National Director, Germany
Gabriele Appel, M.A., Chopinstraße 16 • 81245 München
Tel.: 089-89 67 02 13 • Fax: 089-83 39 57
E-Mail: gabrielea@jflm.org
Jerusalem Foundation Deutschland e.V.
E-Mail: jfdberlin@onlinehome.de
Bankverbindung: Commerzbank Berlin
Konto-Nr. 0222 8500 00 • BLZ 100 400 00



Engagement für den Staat Israel

Deutsch-Israelische Gesellschaft Heilbronn-Unterland gegründet

Heilbronn. Seit Herbst 2011 treffen sich Bürger aus dem Unterland, die an der Situation in Israel interessiert sind. In der Weinvilla in Heilbronn werden bei monatlichen Treffen aktuelle Fragen zum Nahen Osten und zu Israel erörtert. Die bisher als Freundeskreis organisierte Gruppe hat sich am 12. Juli offiziell konstituiert als „Deutsch Israelische Gesellschaft Heilbronn – Unterland“. Zur Konstituierung kamen Bärbel Illi von der Schwesterorganisation DIG Stuttgart und Hannes Greiling als Vertreter des Präsidiums der DIG auf Bundesebene. Bernd Sommer wurde als Vorsitzender gewählt, Stellvertreter ist Jürgen Schad. Zur Schatzmeisterin wurde Heide Kachel und als Schriftführerin Ute Müller-Dieterle gewählt. Neben Dr. Michael Malt wurde Bernd Sommer zum Delegierten für die Bundesebene gewählt.

Bunt gemischt

Zur Gruppe der DIG Heilbronn-Unterland gehören interessierte Personen aus unterschiedlichsten Berufen – Ärzte, Pädagogen, Geistliche, Bundestagsabgeordnete und mehr. Sie eint die Verbundenheit mit und das Engagement für den säkularen, demokratischen Staat Israel. Dies machen die Mitglieder dadurch deutlich,

dass sie bei ihren Treffen und bei größeren Veranstaltungen historische, kulturelle und politische Aspekte der Situation im Nahen Osten diskutieren. Ein wesentliches Anliegen ist, die Öffentlichkeit näher über den demokratischen Staat Israel zu informieren, um Vorurteile abzubauen, ohne Probleme zu verharmlosen.



Der Vorstand der neu gegründeten Deutsch Israelischen Gesellschaft Heilbronn – Unterland (v. l.): Jürgen Schad, Dr. Michael Malt, Heide Kachel, Bernd Sommer und Ute Müller-Dieterle

„Don't forget your friends in Israel“ – diese Bitte, die Israelis nicht zu vergessen, wurde in einem Telefonat aus Israel gegenüber einem Mitglied der Heilbronner Gruppe geäußert. Israel im Zentrum der Nahostregion – eingezwängt zwischen dem sich in einem fürchterlichen Bürgerkrieg befindenden Syrien und anderen instabilen Staaten, selbst gespalten zwischen säkularen und orthodoxen jüdischen Milieus, verdiene Interesse und Anteilnahme. Die DIG Heilbronn-Unterland bekennt sich zur Solidarität mit Israel. ■

Lernen von Israel

Gemeinsame Erfahrungen mit israelischen Studierenden – eine Erfolgsgeschichte

Kassel. Mit dem Ziel, gegenseitige Lernprozesse zu fördern, fand in der Zeit vom 19. Februar bis 4. März 2012 ein gemeinsames Lehr- und Forschungsprojekt von Wirtschaftswissenschaftlern zwischen dem Academic Center of Law and Business in Kassels Partnerstadt Ramat Gan (Israel) und der Universität Kassel unter der Leitung von Prof. David Menashri und Prof. Gerd-Michael Hellstern statt. Im Mittelpunkt stand Wissenschaft, Wirtschaft und kreative Kultur Israels persönlich und aktiv kennen zu lernen. In gemeinsamen Seminaren und Projektarbeiten mit Studierenden des Academic Center of Law and Business sowie Stu-

dierenden aus Mainz (unter Leitung von Herrn Wittstock) und Studierenden des Harbin Institute of Technology (China) war es Ziel der Studierenden, intensiv Wirtschaft, die Kultur Israels und die kreative Energie junger israelischer Unternehmer zu erkunden, um zukunftsorientierte Kooperationen aufzubauen.

Israels Kultur als Wirtschaftsfaktor: Die kreative Szene in Tel Aviv

Neben den anspruchsvollen Vorlesungen zur internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik in Israel (Prof. Dr. Haim Levy, Dr. Samuel Frankel sowie Dr. Guy Kaplanski) sowie zu „Research Methods

in Business Administration“ (Prof. Dr. Gerd-Michael Hellstern) stand im Mittelpunkt des Aufenthalts die Erforschung der kreativen Szene in Tel Aviv. Im Rahmen des Kasseler Projekts „Cultural Entrepreneurs in Berlin, Istanbul and Tel Aviv“ wurden rund 50 der über 100 Galerien in Tel Aviv besucht. Die Studierenden wurden dafür in internationale Teams eingeteilt und befragten Galeriebesitzer sowie Kuratoren der Kunstszene Tel Avivs. Durch dieses Projekt zur kreativen Szene als eine treibende Kraft der Wirtschaft entstanden sehr intensive Kontakte mit Künstlern, Galeristen und der Bevölkerung beim Gang durch die Stadt. Zahlreiche Verbindungen zwischen deutscher und israelischer Kultur wurden sichtbar. Überraschend war zum einen die große Zahl von Ausstellungen deutscher Künstler, nicht nur im großen Kunstmu-

seum mit dem neuen Herta and Paul Amir Building mit einer großen Anselm Kiefer-Ausstellung, sondern auch in kleineren Galerien waren zahlreiche deutsche Künstler vertreten und der Wunsch nach verstärkter Kooperation mit deutschen Künstlern und Wissenschaftlern wurde nicht nur einmal geäußert. Diesen Eindruck vermittelte auch das Gespräch mit dem Leiter des gerade in Tel Aviv stattfindenden Art Year mit einem internationalen Programm. Die Studierenden waren von dem internationalen Dozenten-Team begeistert und genossen die vielseitigen Lehrerfahrten.

Lernen von Israel: Innovative Start-Ups

Ein zweiter wichtiger Schwerpunkt beinhaltete den Besuch mehrerer innovativer Start-Ups, um Israel als eine technologisch führende Start-Up Nation persönlich zu erleben. Was deutsche Unternehmensgründer von israelischen Jungunternehmern an Risikobereitschaft und kreativer, internationaler Forschungszusammenarbeit lernen können, erfuhren die Studierenden in den Diskussionen mit Yuval Tal, dem Gründer von Payoneer, oder beim Besuch bei Wibbitz. Israels beeindruckende Entwicklung als eine führende Start-Up Nation mit zukunftsweisenden Projekten wie „Better Place“ überraschte die Studierenden. Leider findet dies in der deutschen Berichterstattung bisher nur wenig Beachtung, eröffnete den Studierenden einen neuen Blick auf Israel und zukünftige Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Die chutzpah, der Wagnut der zahlreichen israelischen Entrepreneure, vermittelte eine neue Sichtweise auf Israel, zeigte Möglichkeiten für bisher eher theoretisch bekannte Karriereoptionen und verwies auf potentielle vielversprechende wissenschaftliche und wirtschaftliche Kooperationen. Das wachsende Interesse an Kooperation technologieorientierter Unternehmen mit Israel wurde auch in der Diskussion mit dem Geschäftsführer der Deutsch-Israelischen Industrie- und Handelskammer Grisha Alroi-Arloser veranschaulicht, der aktuell u.a. über die Investition der SMA in Israel, des Kasseler Weltmarktführers in der Photovoltaik, berichtete. Das Interesse an der Entwicklung gemeinsamer Innovations- und Wissenschaftskooperationen verdeutlichten



Die Studentengruppe mit ihren Begleitern

auch der Besuch bei der Stadt Haifa und das Gespräch mit dem Vizebürgermeister der Stadt sowie die Diskussion mit Studierenden der Universität Haifa.

Israel und Deutschland

Überraschend war für die Studierenden bei kritischen Fragen die große Offenheit und bei allen Divergenzen die offensichtliche Kommunikationsbereitschaft zwischen den Vertretern der beiden großen Parteien, die bei den Gesprächen in der Knesset deutlich wurde. Vor allem nach dem bedrückenden Besuch der Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem wirkten diese Gespräche als ein Zeichen der Zuversicht und Hoffnung für eine zukünftige enge Zusammenarbeit zwischen Israel und Deutschland. Skizziert wurden die Positionen Israels, Deutschlands und Europas auch durch Gespräche mit dem deutschen Botschafter in Israel Andreas Michaelis, dem Vortrag von Sandra de Waele, der Leiterin der Delegation der Europäischen Union in Israel, sowie im abendlichen Rundgespräch mit dem Träger des Kasseler Preises, dem „Glas der Vernunft“, durch Avi Primor. Diese fanden ihre Fortsetzung bis spät in die Nacht mit dem Nahost-Korrespondenten Ulrich Sahm in dessen Privathaus. Vorträge von

David Witzthum, dem Chefredakteur des ersten israelischen Fernsehens, in der Leo-Baeck-Stiftung sowie von Eitan Ben Elyahu, dem ehemaligen Kommandeur der israelischen Luftstreitkräfte, und durch den Iran-Kenner Professor Dr. Menashri unter Beteiligung von Inge Günther, der Korrespondentin der FR, vermittelten ein differenziertes Bild der gegenwärtigen Situation Israels. Die Herausforderungen, denen sich auch die deutsche Politik gegenüber sieht, verdeutlichten vor allem die Gespräche in der Konrad-Adenauer-Stiftung als auch bei der Heinrich-Böll-Stiftung sowie mit Mahmoud Labadi bei dem Besuch von Ramallah.

Ereignisreiche Ausflüge zu historischen, religiös bedeutenden und auch touristischen Orten an den Wochenenden wie Safed, Nazareth, Kinnereth (am See Genezareth), den Golanhöhen mit dem spannenden Besuch des Kibbutz Golan, der historischen Stadt Akko, dem fröhlichen Bad in Hamat Gadar und der Gang zur Klagemauer in Jerusalem vermittelten ein Bild des kulturellen und traditionellen Reichtums und Alltags des Landes, das die Studierenden durch die kundige Führung der israelischen Studierenden in Restaurants und Clubs bis in die Nacht ausdehnten und Freundschaften vertieften.

Zukunft

Die Studierenden der Wirtschaftswissenschaften waren von den zukünftigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den jungen Unternehmen begeistert, Praktika und mögliche Kooperation nach dem Studium sind geplant. Eine Fortsetzung der wissenschaftlichen Kooperation erfolgte bereits im Sommersemester in einer vergleichenden experimentellen Untersuchung zu kulturellen Unterschieden bei finanziellen Entscheidungen unter der Leitung von Prof. Levy. Mit dem Academic Center of Law and Business ist eine engere Kooperation geplant, die vor allem die bedeutenden Arbeiten des Centers zu

Menschenrechten und ethischen Fragen und Forschungen zum Wirtschaftsrecht in Kassel verbindet. Vereinbart wurde auch die Partnerschaft zwischen Kassel und Ramat Gan durch eine Kooperation mit der Bar-Ilan Universität und Studierendenaustausch zu stärken. Doch nicht nur der zukünftige Beitrag für Wissenschaft und Lehre ist entscheidend, die vielfältigen Erfahrungen haben zu einem realitätsnäheren Verständnis und zahlreichen Freundschaften geführt, welche über die kurze gemeinsame Studienzeit hinausreichen und bereits zu gegenseitigen Besuchen führten. ■

Gerd-Michael Hellstern

Das deutsch-israelische Programm zur Zusammenarbeit in der Berufsausbildung

Kempten-Allgäu. Das deutsch-israelische Programm zur Zusammenarbeit in der Berufsausbildung ist ein „junges Kind“ der deutsch-israelischen Freundschaft. Als Pilotprojekte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des israelischen Ministeriums für Industrie, Handel und Arbeit sollten Auszubildende der Kfz-Branche beider Länder die andere Seite kennenlernen. Die Ministerien finanzierten alle Kosten. Federführend war die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), vertreten durch Monika Schmidt und Anja Speicher, die

die beiden Austauschprojekte auf deutscher Seite von der Vorbereitung bis zum Abschluss betreuten. Die Träger auf deutscher Seite waren der Zentralverband des Kfz-Verbandes, die Handelskammern Lüneburg und Freiburg, diverse Firmen und Arbeitsgemeinschaften der DIG.

Mit einem intensiven Vorbereitungsseminar in Kempten vom 29.03. bis zum 31.03.2012 wurden die Teilnehmer aus Lüneburg (2 Azubis), Freiburg (4) und Kempten (8) miteinander und mit Israel bekannt gemacht. Die deutsche Gruppe war vom 29.04. bis zum 20.05.2012 in

Israel, wo sie von den Netzwerken ORT, Amal, und Atid betreut wurde. Als „Mädchen für Alles“ fungierten die Begleiter Sabina Kokott und Lars Petersen.

Neben Praktika in diversen Werkstätten und Schulen sorgte auch ein breites Kulturprogramm mit Exkursionen (Cäsa-rea, See Genezareth, Bahai-Gärten, Dru-sendörfer, Yad Vashem und Jerusalem) für Begegnungen mit der Vielfalt des Landes und der Menschen.

Der Gegenbesuch vom 03.06. bis zum 24.06.2012 war ähnlich konzipiert. 18 Gäste aus verschiedenen Institutionen (ORT, Amal und Atid) und verschiedenen Familien (jüdisch, drusisch, arabisch, christlich) wollten die deutsche Kfz-Ausbildung und einiges vom Land kennen lernen. Die Verständigung war in englischer Sprache und durch die Dolmetscherinnen Naomi und Jasmin Nir-Bleimling in besten Händen.

Nach der Landung in Frankfurt und der Einführung bei der Handelskammer in Koblenz und einem Stadtrundgang ging es anderntags nach Köln, um die Stadt, den Dom und die Ford-Werke zu besichtigen. Zurück in Koblenz folgten Praktika in verschiedenen Autohäusern. Ein Ausflug zum Nürburgring mit Backstage-Tour war das Highlight.

Zur 2. Woche ging es quer durch das grüne Deutschland mit dem Zug nach Kempten, wo sie vom DIG-Vorsitzenden Luis Kornes empfangen wurden. Die eine Hälfte der Gruppe wurde von Herrn Ferstl von der Firma Liebherr betreut und die andere, vermittelt von der DIG, in führenden Autohäusern der Stadt. Als Kulturprogramm diente ein Stadtrundgang mit Informationen zur ca. 2.000 Jahre alten Stadtgeschichte, inklusive der „Stolpersteine“, und der Vormittag im Berufsschulzentrum Immenstadt. Zur Abwechslung dienten Aufenthalte im Cambomare-Bad und die Ausflüge zur Sommerrodelbahn Alpsee-Coaster und auf das Nebelhorn mit der Seilbahn. Nebenbei sorgten die Spiele der Europameisterschaften für Unterhaltung.

Die letzte Woche verbrachte die Israelgruppe in der grünen Stadt Freiburg mit besonderem Augenmerk auf deren Umwelt- und Energieprojekten. Die Praktika wurden von der Richard-Fehrenbach-Gewerbeschule und verschiedenen Autohäusern organisiert. Die Exkursionen nach Mulhouse ins Automobilmuseum und zu



Luis Kornes mit israelischen Kfz-Azubis

Peugeot-Citroen bzw. VAG-Werkstätten für Straßenbahnen und Stadtbusse und in den nahen Schwarzwald rundeten das Programm ab. Am 24. Juni ging es wieder mit dem Flieger zurück nach Tel Aviv.

Alles in allem ist dieses Programm sehr geeignet, die Gäste mit vielen Ein-

drücken über die Arbeit, die Ausbildung und über das andere Land und dessen Lebenswirklichkeit zu informieren, ganz im Sinne der DIG.

Diesem Startprojekt mögen viele – auch in anderen Branchen – folgen. ■

Luis Kornes

Mass'a Polin – Gedenkstättenfahrt nach Polen

Oldenburg. Im vergangenen Jahr fragte uns ein Freund aus dem Kibbuz Yotvata, in dem ich nach dem Eichmann-Pro-

zess für einige Jahre lebte, ob meine Frau und ich an einem Mass'a Polin von Mitgliedern aus Yotvata und anderen Freun-



Soldaten der IDF auf dem Weg zu einer Gedenkstätte in Polen

den mit dem in Israel legendären – nur in Hebräisch tätigen – Reiseleiter Moshe Harmatz teilnehmen wollten. Wir hatten Zweifel, ob es nicht für einige Teilnehmer, die praktisch die ganze Familie in der Schoah verloren haben und uns noch nicht kannten, eine Überforderung sei, mit ihnen fremden Deutschen zu den Gedenkstätten zu fahren und diese bei allen Zeremonien und persönlichen Gesprächen in ihrer Nähe zu erleben. Die Organisatoren und Moshe Harmatz haben alle einbezogen und ihnen gesagt, dass wir hebräisch sprechen und als Familie in Israel gelebt haben. So trafen wir die Gruppe aus Israel am Flughafen in Warschau und verbrachten mit ihr 7 Tage, in denen wir hebräisch sprachen und Teil einer israelischen Gruppe waren, die nicht als Touristen sondern als „zivil-religiöse“ Pilger kamen. Fast alle hatten Verwandte in den Ghettos und Lagern verloren.

Die Reise führte zu einem ausführlichen Besuch des großen jüdischen Friedhofs (hebräisch auch „Land des Lebens“ genannt) in Warschau mit den Gräbern der Vorkriegsgenerationen und der Ghettozeit. Hier wurde deutlich, wie reich und vielfältig das jüdische Leben in Polen und speziell in Warschau gewesen war. 1806 gegründet sind dort über 200.000 Gräber erhalten. Hinzu kommen vier Massengräber mit ca. 80.000 Toten aus der Ghettozeit. Vom Ghetto Warschau wurden die Juden vorwiegend nach Treblinka zur massenhaften, durchorganisierten Ermordung gebracht. Hier wurden zwischen Juli 1942 und Oktober 1943 zwischen 700.000 und 1,1 Millionen Menschen – überwiegend Juden – umgebracht. Erst 1964 konnte hier eine Gedenkstätte errichtet werden. (Die SS hatte die Massenvernichtungslager in Ostpolen dem Erdboden gleich gemacht und bewaldet.) Bei einer Gedenkfeier wurde der Verwandten der Anwesenden gedacht.

Danach besuchten wir Tykocin wenige Kilometer westlich von Bialystok. Dieses Stetl war um 1800 zu 70% von Juden bewohnt. Die Barock-Synagoge (1642) und viele der alten Holzhäuser sind noch erhalten. Der Ort wird derzeit liebevoll restauriert. Im unweit entfernten Wald ermordete die Wehrmacht wenige Tage nach dem Einmarsch 1941 fast die gesamte jüdische Bevölkerung (ca. 1.400 Menschen) und verscharrte sie in



Israelische Schülerinnen und Schüler, zum Teil in israelische Flaggen gehüllt, im Hof zwischen den Baracken 10 und 11 im Lager Auschwitz I vor der Erschießungsmauer, an der tausende Menschen ermordet wurden.

drei Massengräbern. Hier trafen wir den 12. Jahrgang der Schule aus Yotvata zu einer Gedenkfeier, die für viele Teilnehmer eine emotionale Belastung war. Zahlreiche der Jugendlichen hielten sich an den großen mitgebrachten israelischen Fah-

nen fest oder hüllten sich Schutz suchend in diese ein. Ähnliche Bilder boten sich uns auch in Auschwitz-Birkenau und Majdanek.

Im Laufe der Fahrt, die uns auch nach Lodz, Kielce, Krakau, Auschwitz, Lan-

cut im Karpantenvorland, Belzec, Zamosc, Majdanek und Kazimierz dolna führte, wurden von den Mitfahrenden die Angehörigen und ihre Erinnerungen vorgestellt (meist in Schulprojekten den Enkeln mitgeteilt). An den Gedenkstätten wurden Namen und Texte verlesen sowie Kerzen und Lichter angezündet. Auf der Fahrt zu den neuen Zielen wurden Filme wie „Schindlers Liste“ oder „Der Pianist“ gezeigt. So fuhren wir durch Polen, lebten aber in der Vergangenheit, die immer wieder das Leben eines jeden Einzelnen prägt. Selten hörten wir einige Worte in Polnisch. Das Fühlen und Denken war hebräisch.

In der Abschlussrunde vor der Rückreise standen das Schweigen der Opfer und die Verdrängung in der israelischen Gesellschaft bis zum Eichmann-Prozess, die Hilflosigkeit der Nachgeborenen, ihre Fragen nach dem Fortbestehen des Antisemitismus und die immer wieder einbrechenden Schatten der Vergangenheit im Mittelpunkt. Die Teilnahme zweier Deutscher wurde einhellig positiv gesehen. Als schönstes und Hoffnung schaffendes Erlebnis bezeichneten viele den Moment, als in dem Krematorium von Majdanek im Augenblick



Schülerin vor dem Einfahrtsgebäude in das Lager Birkenau

tiefter Depression ein Oberst der israelischen Fallschirmjäger in Uniform mit seiner Begleitung den düsteren Raum betrat. Kaum etwas Anderes hätte so viel Trost und Zuversicht geben können. Mir wurde deutlich, wie wichtig die Beobachtung des israelischen Journalisten Wladimir Struminski gegenüber dem Bundestagsabgeordneten Joschka Fischer im Januar 1985 war: „Wir haben gemeinsam die Prägung durch den Holocaust. Aber die Lehren daraus sind völlig gegensätzlich: Wir Juden wollen nie wieder Opfer werden und deshalb stark sein, weil ein Moment der Schwäche unser letzter sein wird. Ihr wollt nie wieder Täter sein. Deshalb lehnt Ihr Waffengewalt und Demonstrationen der Stärke ab. Wer seine Lehren verabsolutiert, findet mit dem Anderen keine Gemeinsamkeiten mehr.“

Während der ganzen Reise sind mir diese Worte nicht aus dem Sinn gegangen. Immer wieder wurden wir gefragt: „Warum tut die deutsche Regierung nicht genug gegen das Leugnen des Holocaust? Warum geht ihr nicht gegen das Regime im Iran energischer vor? Warum lasst Ihr uns allein? Und warum steht Ihr nicht deutlicher an unserer Seite?“ Vieles erinnerte mich an die schweren Diskussionen innerhalb der DIG in den letzten Jahren.

Das jüdische Zentrum in Oświęcim / Auschwitz

Bielefeld. Die Bielefelder Arbeitsgemeinschaft hat in Kooperation mit der Universität – Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft –, der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft den österreichischen Zivildienstleistenden Lukas Sperlich zu einem Vortrag über das Jüdische Zentrum in Oświęcim als Raum für einen alternativen Erinnerungsdiskurs eingeladen.

Bevor Auschwitz zum bedeutendsten Symbol der Shoah wurde, war es Jahrhunderte lang eine normale polnische Kleinstadt mit dem Namen Oświęcim, jiddisch Oshpitzin. Vor der Okkupation durch die Nationalsozialisten war der größte Teil der Bevölkerung jüdisch (von 14.000 Einwohnern etwa 7.000 bis 8.000). Das Jüdische Zentrum stellt der Erinnerung an

Keiner der Mitreisenden wusste etwas von dem Kniefall Willi Brandts vor dem Ghetto-Mahnmal, wo die Gruppe die Nationalhymne „ha Tiqwa“ zum Abschluss der letzten Gedenkfeier im Angesicht von Passanten und Touristen angestimmt hatte.

Völlig überrascht reagierten unsere Freunde, dass wir die Zahl der deutschen Opfer des 2. Weltkrieges nicht kannten, weil wir in der Schule nicht gelernt hatten, die Opfer nach Nation oder Religion zu unterscheiden. Nach meiner Erfahrung der letzten 50 Jahre wird nach einem Jahrzehnt der Annäherung in den sechziger Jahren der emotionale Abstand zwischen der heutigen Schüler- (aber auch Eltern-) Generation in Israel und in Deutschland immer größer. Das hat sicher etwas mit dem unterschiedlichen Verhältnis zu den jeweiligen Regierungen der USA, mit dem „arabischen Frühling“, mit der Wertschätzung bzw. verbitterten Ablehnung der Person Axel Springers, aber vor allem mit den unterschiedlichen Lehren aus der Shoah zu tun. So gilt die Beobachtung Wladimir Struminskis mehr denn je.

Wir sollten die Kluft zwischen Deutschen und Israeli nicht noch größer werden lassen.

Roland Neidhardt

übergeben, die diese im Folgejahr dem Jüdischen Zentrum schenkte.

Das Jüdische Zentrum wurde im Jahr 2000 eröffnet. Träger ist eine Stiftung. Seit 2006 wird diese zu 75 % vom Museum of Jewish Heritage in New York gefördert. Die Restfinanzierung erfolgt durch polnische Stiftungen, die polnische Regierung, die EU und durch das deutsche Konsulat in Krakau. Das Zentrum arbeitet intensiv mit dem Museum of Jewish Heritage in New York und dem staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau zusammen.

Teilbereiche des Zentrums sind das Jüdische Museum (mit einer Ausstellung über die Juden in Oświęcim und der Ausstellung „New Life“ mit der Darstellung des Schicksals von 19 ehemaligen Einwohnern von Oświęcim, die nach Israel ausgewandert sind), die Synagoge und das Bildungszentrum.

Es gibt Workshops, insbesondere mit Schüler- und Studentengruppen (meist aus Amerika und Israel sowie Treffen mit polnischen Studenten) und Einzelveranstaltungen, auch kultureller Art, die von den Einwohnern Oświęcims gut angenommen werden. Das Bildungszentrum ist weiter engagiert bei der Ausbildung von Fremdenführern des staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau. Die Beziehungen zum örtlichen Bürgermeister sind gut.

Ziele sind das Bewahren der Erinnerung an das jüdische Leben und den Holocaust, das Aufzeigen der Gefahren durch Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung (etwa der Sinti und Roma). Dabei werden die Vergangenheit und die Gegenwart miteinander verknüpft.

Erprobt wird der Einsatz moderner Medien. Eine räumliche Ausweitung erfolgt durch die Sanierung und Nutzung des Hauses der Familie Kornreich (einer jüdischen Familie aus der Vorkriegszeit) und des Kluger-Hauses das nach dem zweiten Weltkrieg Szymon Kluger, dem letzten jüdischen Bewohner Oświęcims, gehörte).

Lukas Sperlich erklärte nach dem sehr beeindruckenden Vortrag in der Diskussion, dass ihn der nun zu Ende gehende einjährige Dienst im Jüdischen Zentrum in Oświęcim für sein weiteres Leben sehr geprägt hat.

Günther Tiemann

Vom KZ-Häftling zum UN-Botschafter

Israels ehemaliger UN-Botschafter Prof. Dr. Yehuda Z. Blum

Bielefeld. In der letzten Veranstaltung vor der Sommerpause war Professor Yehuda Blum Gast in Bielefeld. 1931 in Bratislava in der Tschechoslowakei geboren, besuchte er die Schule in Bratislava und in Budapest und kam als jugendlicher Häftling 1944 in das KZ Bergen-Belsen. Mehr als 60 Angehörige seiner Familie fanden in der Schoah den Tod, er selbst konnte nach der Befreiung im Dezember 1945 in die Schweiz ausreisen und kam schließlich nach Jerusalem. Im neu gegründeten Staat Israel durchlief er eine juristische Karriere und war zuletzt Professor für Völkerrecht an der Hebrew University Jerusalem. Für viele Jahre begab er sich auch in die Diplomatie und in die Politik. So war er von 1978 bis 1984 Botschafter Israels bei den Vereinten Nationen (UN) in New York.

Während die Vollversammlung der UN im Jahre 2005 wegen der Einzigartigkeit der Verbrechen am jüdischen Volk einen Gedenktag an die Opfer der Schoah proklamierte, habe der deutsche Bundespräsident Roman Herzog ein Jahr später den 27. Januar als „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ umgedeutet und damit alle Opfergruppen nationalsozialistischer Gewaltherrschaft miteinbezogen. Die Landtagsrede hat Yehuda Blum zwar gehalten, jedoch die Einladung, gemeinsam mit dem Landtagspräsidenten einen Kranz für die Opfer niederzulegen, abgelehnt, was zu heftigen Vorwürfen führte. Grund war für Yehuda Blum der vom deutschen Nachkriegszeitgeist verdrehte „Opfer“-Begriff, der in einer alliierten Repräsentativ-Umfrage des Jahres 1952 zum Ausdruck gekom-

me sei. In einer Rangfolge der vermeintlichen Opfer des Nationalsozialismus erschienen zunächst Kriegerwitwen, Ausgebombte und Vertriebene; an vierter Stelle die Hinterbliebenen des gescheiterten Widerstandes vom 20. Juli 1944 und erst an fünfter Stelle die Juden. Yehuda Blum schlug den Bogen von der Nachkriegszeit zur Jetzt-Zeit, in der er die Kontinuität des Antisemitismus bestätigt sah. Der vom Bundesstag in Auftrag gegebene und am 23. Januar 2012 vorgelegte Bericht einer Expertenkommission komme zu dem Ergebnis, dass eine unterschwellige antijüdische Feindschaft in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei. Er führte dazu aus, dass er diese gar nicht so unterschwellig sehe. Offizielle Aussagen seien zwar frei davon, aber in privaten Gesprächen werde sie doch sehr deutlich. Der Antisemitismus sei nicht in der Mitte der Gesellschaft angekommen, sondern habe diese gar nicht verlassen. 70 % der Befragten hätten geäußert, dass Juden zu einflussreich in der Welt seien. Zwei Drittel der Befragten seien der Meinung, dass Deutschland mit der Schoah erpresst werde und jetzt ein Schlussstrich zu ziehen sei. Der Antisemitismus beziehe sich zunehmend auf den Staat Israel und werde so salonfähig. 70 % der Deutschen billigten die antiisraelischen Aussagen in dem „Gedicht“ von Günter Grass.

Yehuda Blum stellte fest, dass man Israel selbstverständlich kritisieren dürfe, ebenso wie andere Staaten auch, jedoch nicht einseitig und diskriminierend. Der Antisemitismus und der als Antizionismus verkleidete Antisemitismus in anderen Ländern, wie etwa in Ungarn, könne das eigene Fehlverhalten nicht rechtfertigen. Außerdem müsse man sich in Deutschland klar machen, dass Israel aufgrund der Geschichte von Deutschland mehr erwarte als von anderen Ländern.

Rückblickend ging Yehuda Blum auch auf die Nachkriegskarrieren ehemaliger Nationalsozialisten wie Globke und Oberländer ein. Man entziehe sich der geschichtlichen Wahrheit. Jeder zweite Deutsche behaupte, nichts von den Gräueltaten in der Nazi-Zeit gewusst zu haben. Menschen, die auf diese hinwiesen, seien als „Nestbeschmutzer“ gescholten worden. Der ehemalige Bundeskanzler Adenauer habe sich geweigert, sich beim jüdischen Volk zu entschuldigen. Er habe schließlich von den Verbrechen gesprochen, die „im deutschen Namen“ geschehen seien – nicht von Deutschen.

Die Ausführungen von Yehuda Blum wurden durchweg begrüßt, jedoch wurde auch hinterfragt, ob er jenen Gruppen gerecht werde, die sich vehement gegen die Politik der Verdrängung nationalso-

zialistischer Verbrechen gewehrt haben, wie die 68er-Bewegung oder die deutsche Friedensbewegung, auch wenn sie eine Minderheit gewesen seien. Dies wiederum bestätigte Yehuda Blum mit dem Hinweis, dass sich die Mehrheit jeden Volkes gleichgültig verhielte. Gut 70 Jahre deutscher Geschichte seien kein langer Zeitraum. Vergessen sei kein Rezept – nur die Wahrheit.

In der Diskussion wurde geäußert, dass auch Israel sich seinen negativen Seiten stellen müsse, etwa bezogen auf den Umgang mit der „Nakba“ oder die Erniedrigung von Palästinensern in den besetzten Gebieten. Dazu äußerte Yehuda Blum, es sei seine Erfahrung, dass bei der Beschäftigung mit der deutschen Er-

innerungskultur ein Themenwechsel mit dem Hinweis auf den „israelischen Hinterhof“ komme. Er bestreite nicht, dass es dort Fehlverhalten gebe. Man müsse die Siedlungsfrage aber im Gesamtzusammenhang behandeln und dabei die Abläufe seit dem „Oslo-Abkommen“ und die Ablehnung Israels durch die arabischen Nachbarn sehen – mit oder ohne Siedlungen. Man wolle die Palästinenser nicht beherrschen, die geschichtliche Erfahrung lehre aber, die militärische Sicherheit ernst zu nehmen.

Die Erkenntnis am Ende der Veranstaltung: Die Beschäftigung mit der geschichtlichen Vergangenheit ist wichtig für die Zukunft. ■

G.T.

DIG-Hannover begleitet Holocaustüberlebende

Hannover. Marga Griesbach lebt heute bei Seattle im Staat Washington, USA, und besucht seit 2003 gerne wieder ihre alte Heimat. Dieses Mal will sie ihrer

Tochter, ihrem Schwiegersohn und ihrer Enkelin auch Hannover zeigen. Frank Lehmbach von der DIG Hannover begleitet sie und ihre Familie, erläutert an



Marga Griesbach (rechts)

Hand der Modelle im Rathaus die Entwicklung der Stadt. „Wir fuhrten auf den Rathhausturm, um die Stadt in der Realität wahrnehmen zu können, besuchten die Erinnerungsstätte am Standort der ehemaligen Synagoge in der Roten Reihe und gingen durch die Altstadt zum Mahnmahl für die ermordeten hannoverschen Juden am Opernplatz.“

Damals in der Israelitischen Gartenbauschule Ahlem konnte sich Marga relativ sicher fühlen in der sonst für sie feindlichen Umgebung. Sie wuchs in Witzzenhausen auf, einer kleinen Stadt in Nordhessen, als Tochter von Theresa und Max Steinhardt, wo ihr Vater einen Laden für Metzgereiartikel betrieb. Ab 1934 besuchte sie gemeinsam mit ihren Freunden die Volksschule in Witzzenhausen. Doch bald wandten sich ihre Freunde von ihr ab und als diese in der Hitlerjugend durch Witzzenhausen marschierten, sangen sie: „Wenn das Judenblut vom Messer spritzt, geht es noch mal so gut“.

Von ihrem Vater, der als deutscher Frontsoldat in Frankreich während des 1. Weltkrieges mit einem schweren irreparablen Gehörschaden nach Hause zurückkehrte, berichtet Marga: „Er glaubte nicht, dass die Verhältnisse sich so schlimm entwickeln würden, wie es angedroht worden war. Er war davon überzeugt, dass die anderen größeren Nationen eingreifen würden. Als wir endlich realisierten, dass es keine Hoffnung mehr gab, war ein Weggehen unmöglich“.

Marga musste in dieser hasserfüllten Umgebung 1938 die Schule in Witzzenhausen verlassen und gelangte über Umwege letztendlich im August 1939 in die Israelitische Gartenbauschule Ahlem. Hier konnte sie ihre Schulausbildung fortsetzen. Mit Beginn des 2. Weltkrieges wurde es immer beschwerlicher, bis der Schulbetrieb im Sommer 1941 eingestellt wurde und sie zu ihren Eltern zurückkehren musste. In Witzzenhausen wurde ihre Familie in ein Judenhaus eingewiesen und von dort am 8. Dezember 1941 über Kassel nach Riga deportiert.

Marga sah ihren Vater im Herbst 1944 im Konzentrationslager Stutthof zum letzten Mal. Ihr kleiner Bruder wurde von dort weggebracht. „Nach dem Krieg erfuhr ich in einer Radiosendung über die Nürnberger Prozesse, dass das der letzte Transport aus dem Osten war, der Auschwitz erreichte. Dort wurden sie alle vergast.“



Dr. Klaus Kreppel, 2. Vorsitzender der DIG-AG Bielefeld, und Prof. Dr. Yehuda Z. Blum

Yehuda Blum stellte die deutsche Erinnerungskultur seit 1945 in den Mittelpunkt seines Vortrages. Als Einstieg wählte er die vom Landtag des Saarlandes ausgesprochene Einladung, am 27. Januar 2012 zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zu sprechen.

men sei. In einer Rangfolge der vermeintlichen Opfer des Nationalsozialismus erschienen zunächst Kriegerwitwen, Ausgebombte und Vertriebene; an vierter Stelle die Hinterbliebenen des gescheiterten Widerstandes vom 20. Juli 1944 und erst an fünfter Stelle die Juden.

Marga und auch ihre Mutter überlebten. Doch sie waren weiter die Ausgestoßenen der Nazizeit. „Obwohl wir verzweifelt Deutschland verlassen wollten, brauchte es zweieinhalb Jahre, bis wir endlich gehen konnten. In jenen zweieinhalb Jahren verfolgte uns immer die Vergangenheit. Wir lebten immer noch am Rande der Gesellschaft und es gab eine hohe psycho-

logische Mauer zwischen uns und den Deutschen“.

Marga und ihre Familie sind begeistert von dem heutigen Deutschland, der Stadt Hannover und freuen sich über den langjährigen guten Kontakt mit Mitgliedern der DIG; sie versprachen Hannover ein weiteres Mal zu besuchen. ■

Frank Lehmborg



Jörg Rensmann

richtete das NS-Regime den Propaganda-Sender Radio Zeesen ein, der auch den jungen Khomeini antisemitisch indoktrinierte. Heute steht in der Iranischen Verfassung der Aufruf zum Antisemitismus. Der irrationale iranische Erlösungsglaube fand im Einsatz der Bassidschi-Kinder im Irak-Krieg seine zig-tausendfache tödliche Erfüllung. Und erster westlicher Besucher nach der iranischen Revolution war ausgerechnet der damalige deutsche Außenminister Genscher. Aber auch auf lokaler Ebene blühen die guten Beziehungen zu diesem barbarischen Regime. So durch die Städtepartnerschaften zwischen der Öko-Stadt Freiburg und der Atom-Stadt(!) Isfahan sowie den Dichterstädten Weimar und Schiraz. „Wir lieben die Deutschen“, klingt es aus dem Iran. Eine Chance zur Einflussnahme, die die Bundesregierungen nicht positiv nutzen. Stattdessen sehen wir Deutschland neuerdings an der Seite von Russland und China.

Zur Schlussveranstaltung war Shimon Stein geladen, Israelischer Botschafter a.D. in Deutschland in den Jahren 2001 - 2007. In seinem Beitrag zu „Israels Sicht auf die iranische Bedrohung“ beklagte der Senior Fellow am Institut für Strategische Studien an der Tel Aviv University vor allem die Ignoranz der Europäer. Hätten diese und vor allem die Bundesrepublik das iranische Atomprogramm schon frühzeitig ernst genommen und dem Iran eine rote Linie aufgezeigt, stünden wir heute nicht vor diesen vier Fragen:

1. *Hat der Iran ein Interesse an der Entwicklung nuklearer Waffen?*

Ohne Zweifel geht sein Atomprogramm über den zivilen Bereich hinaus. ■

„Iran-Wochen“ in Nürnberg

Nürnberg – Mittelfranken. Trotz besten Biergartenwetters kamen insgesamt rund 140 Besucher zu den drei im Wochenrhythmus angebotenen Veranstaltungen.

Gestartet wurde mit dem Politologen und Autor Dr. Matthias Küntzel, der zu dem Thema „Iran, Israel, EU – Antisemitismus, Bombe, Krise“, sprach.

Das Mitglied im deutschen Vorstand der Wissenschaftlervereinigung „Scholars for Peace in the Middle East“ gab einen detaillierten Abriss der zehnjährigen diplomatischen Bemühungen bis schließlich zur heutigen Erkenntnis, dass ein Krieg immer weniger vermeidbar wird. Der rationale Iran will ein Eingreifen der USA vermeiden. Der irrationale dagegen will mit seinem spezifischen „Erlösungs-Antisemitismus“ zur Befreiung der Welt und ihrer Märtyreriologie die Wiederkehr des 12. Imam vorbereiten. Während der Iran der Bombe näher kommt, kann Israel auch wegen der Lehren aus der Geschichte nicht mehr ruhig schlafen. Dabei hat der Iran keine direkten Konflikte (Grenze, Flüchtlinge) mit dem Land. Trotz jahrzehntelanger nicht nur agrarischer Zusammenarbeit verkünden Irans Führer, Israel von der „Landkarte (zu) tilgen“ und deutsche Medien reden vom „Übersetzungsfehler“. Deutschland unterschätzt seit mehr als 15 Jahren – auch durch verharmlosende Politikberater – die Natur dieser Bedrohung und balanciert zwischen Israel und Iran. Das wird nicht lange mehr durchzuhalten sein. Profite und Städtepartnerschaften gehen weiter. Gab es einen Aufschrei gleichen Ausmaßes gegen diese Bedrohung wie gegen den Siedlungsbau? Es blieb nicht nur bei der aktiven Ignoranz der Medien, sie kam auch beim mit letzter Tinte geschriebenen „Gedicht“ des Literatur-Nobelpreisträgers zum Vorschein. Die Juden wehren

sich. Das ist historisch ungewohnt. Nicht aber, dass sie wieder einmal allein gelassen sind.

Fortgesetzt wurde die Reihe durch Jörg Rensmann vom Mideast Freedom Forum



Dr. Matthias Küntzel

mit dem Thema „Das iranische Regime und die deutsch-iranischen Beziehungen“. Ein Gang durch die Geschichte der Beziehungen mit einigen Eigenartigkeiten! Seit Generationen unterhält Deutschland besondere Beziehungen zum weltweit größten Terror-Exporteur und ist der wichtigste Handelspartner für den Iran. Die EZB drängt auf Trockenlegung der Europäisch-Iranischen Handelsbank. Doch auch die durch die EU beschlossenen Sanktionen werden mit Hilfe der Bundesregierung durch Schaffung immer neuer Schlupflöcher unterlaufen. Die Umsätze sind daher kaum zurückgegangen. Dabei belaufen sich die vornehmlich durch den Mittelstand erzielten Exporte auf noch nicht einmal 0,5 % des deutschen Bruttosozialprodukts. Bereits 1940



Shimon Stein

2. *Wenn er ein Interesse daran hat, wie lange braucht er noch zur Einsatzbereitschaft?*

Technologisch ist der Iran in der Lage zum Bau, es fehlt die politische Entscheidung durch die Führung.

3. *Kann das noch gestoppt werden?*

Die Bemühungen der Staatengemeinschaft sind seit 2003 ohne Erfolg. Die iranische Diplomatie hat sich hohe Noten verdient. Es bleiben fünf Strategien: Verhandeln, Sanktionen, militärisches Eingreifen, Regimewechsel oder Eindämmung. Nach erfolglosem Verhandeln sollen jetzt Sanktionen greifen. Die Hoffnung auf ihre Wirkung besteht weiter. Dagegen sprechen die Äußerungen der iranischen Führung. Doch die Zeit ist nicht unbegrenzt. Die militärische Option könnte der Diplomatie Nachdruck verleihen, denn der Iran fürchtet die USA.

4. *Was passiert, wenn es nicht gestoppt werden kann?*

Dann heißt es, mit der Bombe zu leben oder den Iran zu bombardieren, eine Wahl zwischen Pest und Cholera. Da es eine Stabilität wie zur Zeit des kalten Krieges in dieser Region nicht geben kann, ist ein militärisches Eingreifen nicht unvorstellbar. Mit der Bombe zu leben, hieße eine Kettenreaktion bei den Nachbarn Türkei, Saudi-Arabien, Ägypten befürchten zu müssen. Hat der Iran erst einmal die Bombe wird es ein neues Leben geben, einen Paradigmenwechsel. Einen israelischen Alleingang wird es nicht geben. Es ist ja auch nicht das alleinige Problem Israels. Teile des Westens haben das bis heute nicht verstanden und die militärische Option zu früh vom Tisch genommen. Nach Clausewitz: Ein Fehler! Sie hätte der Diplomatie helfen können. An eine diplomatische Lösung glaubt Shimon Stein nicht (mehr). ■

Heribert Schmitz

Konzert mit Shuly Nathan – Yerushalayim Shel Zahav – in Konstanz

Eine gemeinsame Veranstaltung von DIG Bodensee-Region, GCJZ Konstanz e.V., Jüdischer Gemeinde Konstanz und Kulturbüro Konstanz

Bodensee-Region. Den Auftakt einer vom Jüdischen Nationalfonds Keren Kayemeth Leisrael (KKL) gesponserten Konzerttournee durch Süddeutschland mit Shuly Nathan gab es im März 2012 mit einem wunderbaren Liederabend in Konstanz.

Für diejenigen, die Shuly Nathan noch nicht kennen: Sie ist die Originalinterpretin des Liedes „Yerushalayim Shel Zahav“ (Jerusalem of Gold), das Naomi Shemer komponiert und getextet hat. Dieses Lied, zwei Wochen vor Ausbruch des Sechs-Tage-Krieges erstmals zu hören, erreichte nach dem Krieg immense Popularität und machte sie weltweit bekannt. Auch heute noch ist dieses Lied in Israel und weltweit in jüdischen Gemeinden sehr beliebt. Zu Shuly Nathans Repertoire gehören populäre israelische Lieder, religiöse Lieder und Werke von Shlomo Carlebach. Man bezeichnet sie auch als israelische „Joan Baez“; sie singt von der Hoffnung und vom Leid einer Nation. Mit ihrer einzigartigen Stimme hält sie ihre Zuhörer im Bann. Bei ihren Aufführungen stimmen die Zuhörer immer wieder spontan die Lieder mit an.

Seit sechs Jahren habe ich die Ehre und das Vergnügen, als Gesangspädagogin mit Shuly Nathan in Tel Aviv zu arbeiten. Ihr Auftritt in Konstanz war dadurch natürlich für uns beide eine aufregende Sache.

Trotz anti-israelischer und gegen den Jüdischen Nationalfonds KKL gerichteter Demonstrationen des Palästina-Komitee Stuttgart draußen vor dem Eingang zum Kulturzentrum Konstanz ließen sich die Besucher des Konzertes nicht abhalten: wir hatten ein „volles Haus“. Sich selbst auf der Gitarre begleitend sang Shuly Nathan israelische Volkslieder, jiddische Lieder, Lieder der Sfaradim und auch einige vom Publikum sehr geschätzte Spirituals. Für diejenigen, die Israel von zahlreichen Aufenthalten her kennen und lieben, war gerade das Wiedererkennen vertrauter israelischer Lieder sehr berührend und manch einem kamen Tränen beim gemeinsamen Singen der Hymne „Yerushalayim Shel Zahav“.

Der Abend mit Shuly Nathan hat uns Israel wieder einmal ans Herz gelegt – etwas, das sich auch im Norden, Osten und Westen wiederholen ließe! ■

Ruth Frenk



Ruth Frenk und Shuly Nathan

Strategien der extremen Rechten

Kempen-Allgäu. Auf Einladung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) Kempen-Allgäu und des Evangelischen Bildungswerks kam der Journalist und frühere baden-württembergische Landtagsabgeordnete Stephan Braun von Stuttgart nach Kempen, um über sein Forschungsgebiet „Strategien der extremen Rechten“ zu referieren. Stephan Braun ist in Kempen aufgewachsen und wurde vom Vorsitzenden der DIG Alois Kornes besonders herzlich begrüßt.

Seit vielen Jahren beobachtet Stephan Braun die Strategien der extremen Rechten und stellt sich die Frage: Wie kommt das Gift in die Köpfe? Das Ergebnis seiner Forschung packte er in einen spannenden Vortrag, unterstützt durch Bilder und Musikbeispiele. Das Auftreten der Neonazis hat sich in den vergangenen Jahren sehr verändert, nicht mehr die Glatzköpfe mit Springerstiefeln sind die Speerspitze, sondern die sich intellektuell gebärdenden geistigen Brandstifter. Sie nehmen Einfluss über die verschiedensten Medien, über Zeitschriften, Musik, Bücher, Videos, das Internet. Sie engagieren sich in Sportvereinen als

Trainer und Jugendwarte. Sie tauchen ab in die Normalität. Die von ihnen vertretenen Inhalte aber sind eindeutig fremdenfeindlich, antisemitisch, rassistisch und antidemokratisch. Einer ihrer Vordenker behauptet z.B., „seit Gründung der Bundesrepublik befindet sich unser Volk im



Stephan Braun

Krieg mit dem 3. Reich!“ Aus einem „Nie wieder“ wird „Wir sind wieder da!“ Um die Szene vor Anzeigen wegen Volksverhetzung zu bewahren, werden die Sympathisanten bestens juristisch geschult.

Die Jugend ist die Zielgruppe für rechtes Gedankengut, die Erlebniswelt ist auf junge Leute zugeschnitten. Raffiniert werden sie mit „neuen Werten“ Symbolen, Riten, Codes geködert, in rechte Rock-Konzerte gelockt und mit CDs beschenkt. Das Internet eröffnet für die Strategien der extremen Rechten enorme Möglichkeiten, dort findet sich alles, was „das rechte Herz begehrt.“ Die rechte Szene tummelt sich nicht nur in Deutschland – in den neuen Bundesländern wird sie als oft als „normal“ wahrgenommen – die Nazis agieren europaweit.

Stephan Braun warnte in seinem Vortrag die Zuhörer: „*Freiheit und Demokratie sterben zentimeterweise!*“ Mit seinen Vorträgen und seinen Büchern gegen die Verbreitung rechten Gedankenguts tritt er permanent für eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit ein. Aufrütteln sollte die Tatsache, dass es allein in Deutschland seit 1989 über 150 Todesopfer aufgrund rechtsextremer Gewalt gegeben hat. ■

Maria Lancier

Chaim heißt Leben

Die unglaubliche Geschichte eines galizischen Jungen aus Boryslaw

Kassel. Chaim Segal, der in den Wirren des 2. Weltkrieges viele seiner Familienangehörigen und Freunde durch Mord und Totschlag verlor, landet im Jahre 1947 als Jugendlicher im Displaced Persons Camp in Hofgeismar. Seinen Überlebenswillen hatte er sich bewahrt, den Wunsch seiner Mutter, die im Krieg ermordet wurde, der Nachwelt über das Grauen und das Erlebte zu berichten, trägt er mehr als 60 Jahre in seinem Herzen.

Hätten nicht Mitarbeiter des Museums in Hofgeismar vor einigen Jahren das Ziel verfolgt, über die vierjährige Zeit des Camps in Hofgeismar eine Ausstellung vorzubereiten, wäre es wahrscheinlich nicht zu dieser Autobiographie gekommen.

Julia Drinnenberg erhielt im Rahmen der Recherchen nach Überlebenden und

Bewohnern des Camps sowie über die Stiefschwester von Chaim, die im Lager Hofgeismar geboren wurde, Kontakt zu Caim und dessen Ehefrau in Toronto.

Es war für das Kind Chaim ein langer Weg voller Zufälle und unglaublicher Vorkommnisse, eine Odyssee über Länder und Kontinente hinweg, bis die Autobiographie im Rahmen der Schriftenreihe des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde e.V. – Zweigverein Hofgeismar – erscheinen konnte.

Dieses Buch gibt dem Leser in manchmal beklemmender, gelegentlich lakonischer Weise einen tiefen Einblick in die grausamen Lebensumstände und den Alltag eines Kindes beim Übergang ins Erwachsenenwerden. Es zeigt aber auch Chaims Fähigkeiten auf, nach dem Krieg

mit Zuversicht und über viele Stationen und unterschiedliche berufliche Tätigkeiten hinweg seinen Weg zu finden.

Chaim Segal hat mit seinem Buch Zeugnis abgelegt. Er ist zu einem wichtigen Zeitzeugen geworden.

Sein Buch und die Initiativen des Museums in Hofgeismar, eine Ausstellung über das Camp in den Jahren 1946 bis 1949 vorzubereiten, haben lange verschollene Kontakte zu Kindern und Kindeskindern der Opfer des Krieges eröffnet. Mit großem Interesse haben 25 Mitglieder und Freunde der DIG Kassel am 8. Juli 2012 die Ausstellung besucht. Dabei sind wir auch auf die Geschichte von Chaim gestoßen. ■

Wolfgang Caspar

● **Chaim/Imek Segal: Chaim heißt Leben. Redaktion Julia Drinnenberg. Die Geschichte unserer Heimat, Band 55, 12,50 €, über Museum Hofgeismar, Tel.05671-4791**

Von Ostfriesland nach Louisiana – Flucht einer jüdischen Familie

Ostfriesland. Das Textilgeschäft Meyer Sternberg gehörte vor 1933 zu den bedeutenden Kaufhäusern der Kleinstadt Aurich in Ostfriesland. Wegen ihrer Religion musste die Familie Sternberg während der Nazi-Zeit aus Aurich fliehen. Der jüngste Sohn, Hans Sternberg, hat 2009 die Geschichte seiner Familie veröffentlicht. Rainer Wehlen hat jenen Teil, der die Zeit in Aurich betrifft, ins Deutsche übertragen und mit der DIG in Ostfriesland herausgegeben.

An der Gestaltung des Buchumschlags arbeiteten zwei Kunsturse der Integrierten Gesamtschule Aurich-West. Ich meine, dass Hans Sternberg durch seine persönliche Erzählung, in der er mit historischer Wahrheit sorgfältig umgeht und „nebenbei“ politische und historische Erläuterungen erklärend einarbeitet, Geschichte sehr anschaulich beschreibt und sie dadurch auf einer persönlichen Ebene geradezu erlebbar macht. Seine



Schilderungen sind ausgesprochen exemplarisch hinsichtlich der Lebensumstände jüdischer Mitbürger im rassistischen Re-

gime der deutschen Nazis. Gleichzeitig wird auch deutlich, dass die Sternberg-Story eine Ausnahme beschreibt: Die Sternbergs sind weggekommen, sie haben überlebt und sie haben einen bewundernswerten Aufstieg geschafft.

Sternberg beleuchtet verschiedene Aspekte:

- das unbeschwertere Leben der Familie Sternberg in Aurich vor 1933,
- wie aufkommender Antisemitismus die jüdischen Menschen traf und manche Mitbürger den braunen Trend der Zeit nicht mitmachen,
- wie sich die Familie auf die erzwungene „Auswanderung“ vorbereitete,
- Erfahrungen der Familie im Rückblick und Resümee

Ein Lob dem Übersetzer: Er findet eine angenehm erzählende Sprache, die der Sache angemessen ist. ■

Wolfgang Freitag

● **Von Ostfriesland nach Louisiana – Flucht einer jüdischen Familie, Aurich 2012, 96 Seiten, 15,00 €, Klassensatz günstiger, Bezug: DIGOstfrieslandFreitag@t-online.de**

Proteste gegen Al Quds-Tag

Erfolgreiche Proteste und Mobilisierungsveranstaltungen des Bündnisses Auch in diesem Jahr waren die Proteste gegen den diesjährigen Al Quds-Marsch am 18. August in Berlin groß. Über 400 Menschen beteiligten sich an den Gegendemonstrationen. Das „Antifaschistische Berliner Bündnis gegen den Al Quds-Tag“, dem sich das Junge Forum der DIG angeschlossen hatte, rief zu einer Kundgebung unter dem Motto „Kein Al Quds-Tag 2012 in Berlin – Gemeinsam gegen Antisemitismus!“ am Berliner Adenauerplatz auf. Bis zu 250 Menschen beteiligten sich an dieser Kundgebung. Zu einer weiteren Kundgebung hatte das Bündnis „No Al Quds-Tag“ aufgerufen, dem sich auch die DIG Berlin-Potsdam anschloss.

Beim Al Quds-Marsch selbst sind in diesem Jahr wieder Nazis, wie die Rapperin Dee Ex und der Querfront-Aktivist Michael Koth, mitmarschiert. Auch einzelne linke Antiimperialisten haben es

sich nicht nehmen lassen an dem antisemitischen und islamistischen Aufmarsch teilzunehmen.

Schon im Vorfeld organisierte das antifaschistische Bündnis Mobilisierungsveranstaltungen, um auf den Al Quds-Marsch aufmerksam zu machen und über Antisemitismus, Islam und die Bedeutung und Herkunft des Al Quds-Tages zu informieren. Den Auftakt zur Veranstaltungsreihe bildete der Vortrag „Das Reden über das Reden über den Islam“ von Floris Biskamp in der Amadeu Antonio Stiftung, der eine Position suchte, die ebenso reaktionäre Strömungen im Islam wie virulente Ressentiments gegen den Islam hierzulande kritisieren kann.

Der BAK Shalom der Linksjugend organisierte im Rahmen der Veranstaltungsreihe einen Vortrag von Sebastian Voigt „Antiamerikanismus – Zur Geschichte eines europäischen Ressentiments und dem ambivalenten Verhältnis der Linken

zu den Vereinigten Staaten von Amerika“, in dem die Geschichte und ideologische Konstitution der Feindschaft gegen Amerika nachgezeichnet wird.

Dr. Wahied Wahdat-Hagh, Publizist und Politikwissenschaftler, und Jonathan Weckerle von der Kampagne Stop the Bomb informierten im Haus der Demokratie und Menschenrechte in einer Abschlussveranstaltung der Mobilisierungsreihe über die Hintergründe des Al Quds-Tages, das iranische Regime und die gegenwärtigen Entwicklungen in Syrien und im Libanon im Zusammenhang mit dem Iran.

Der Aufmarsch zum Al Quds-Tag ist die größte regelmäßig stattfindende antisemitische Manifestation in Berlin, die immer zum Ende des Ramadans, dem islamischen Fastenmonat, stattfindet. Seit 1996 wird der Aufmarsch in Berlin jährlich von islamistischen Gruppen organisiert. Und auch im nächsten Jahr, genauer gesagt am 3. August 2013, wird sich das Antifa-Bündnis dem Quds-Marsch entgegen stellen. ■

Lukas Welz

Kreuz und Queer

Das diesjährige Sommerlager beleuchtete Aspekte von Religion und Sexualität in Israel und Deutschland

Ein Bericht von Maren Kater, Anne Rumpf und Aaron K. Roth unter Mitarbeit von Lukas Welz

Es ist der 28. Juli 2012, Samstagmittag und Beginn des diesjährigen Sommerlagers. Aufregung liegt in der Luft. Worauf habe ich mich hier bloß eingelassen, denke ich.

Zwanzig Tage Sommerlager, zehn Tage davon in Jerusalem, zehn Tage in Berlin, mit vierundzwanzig mir vollkommen unbekannt Menschen.

Mit einer landeskundlichen Vorbereitung auf die Begegnung in Israel und Informationen zu den Eltern des Sommerlagers, der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) und der DIG, wurden wir deutschen Teilnehmenden auf die Begegnung in Israel vorbereitet. Vier Stunden Flug und mindestens +15°C Temperaturunterschied später treffen wir schließlich zum ersten Mal die Gruppe aus Israel im Beit Ben Yehuda-Tagungshaus von ASF. Die Kontaktängste und Sorgen sind nach einer so herzlichen Aufnahmeverflogen. Die folgenden Tage ausführlich zu beschreiben, wäre der perfekte Inhalt für ein Buch über LGBT-Bewegungen (LGBT steht für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle) sowie Chancen und Herausforderungen bei einer deutsch-israelischen Jugendbegegnung. Wir sind vierundzwanzig Menschen, mit mindestens vierundzwanzig verschiedenen Leben, Ansichten, Wichtigkeiten und Meinungen. Was uns dabei alleint, ist die persönliche Beschäftigung mit den deutsch-israelischen Beziehungen und dem sensiblen Thema von Religion und Sexualität.

Für eine bereichernde Diskussion fanden wir es wichtig, solch eine Begegnung mit einer Einführung in Religion und Geschichte zu beginnen, nicht zuletzt, da Judentum und Christentum nicht jeder und jedem so vertraut sind. Und in der Tat kann man kaum eine bessere Kulisse dafür finden als Jerusalem. Während der Führung durch die Altstadt waren wir im arabischen und jüdischen Viertel, an der Klagemauer, auf dem Tempelberg, in der Grabeskirche und sind durch den

orientalischen Markt in der Altstadt gelaufen. Am gleichen Tag lernten wir beim Drag Workshop, uns als weiblich sozialisierte Menschen wie männlich Sozialisierte zu bewegen und umgekehrt. Es wurde schnell klar, welche gesellschaftliche Konditionierungen uns alle geformt haben und wie oft wir etwas als selbstverständlich akzeptieren. Nach so einer interaktiven Beschäftigung mit der Frage, wer wir als Menschen sind, war es unvermeidlich, kritischer zu hinterfragen, wer wir als Israelis und Deutsche sowie als deutsch-israelische Gruppe sind. Die erste Gelegenheit bot der Workshop zum Thema „Pink Washing“, ein Begriff, der die sexuellen Freiheiten Israels als Propaganda und Feigenblatt zur Legitimierung angeblich ungerechter und antidemokratischer Politik gegenüber den Palästinensern diskreditiert. Während manche die gesellschaftlichen und juristischen Entwicklungen bezüglich der Gleichstellung von LGBT in Israel positiv hervorhoben, sahen andere eher das halbleere Glas und hoben Rückentwicklungen und weitere Benachteiligungen hervor. Als Instrument zur Delegitimierung politischen Handelns in Israel wurde „Pink Washing“ aber übereinstimmend als Antisemitismus kritisiert.

Den Besuch der Shoah-Gedenkstätte Yad Vashem können kaum Worte beschreiben, sondern lediglich Gefühle und Begegnungen ausdrücken. Es gab Tränen und stille Umarmungen. Bei einem anschließenden Spaziergang in die Nachbarschaft von Ein Kerem mit Picknick und Stockbrot war uns nochmal die Möglichkeit gegeben, uns über Yad Vashem auszutauschen. Es wurde klar, dass wir zu einer Gruppe geworden sind. Da war ein Gefühl, dass wir als Deutsche und Israelis trotz oder genau wegen der Geschichte heutzutage zusammen etwas bewegen können. Dies konnten wir schon am nächsten Tag praktisch üben: In Jerusalem fand der March of Pride and Tolerance

statt, organisiert vom Jerusalemer LGBT-Zentrum „Open House“. Die Jerusalemer Parade ist auch heute noch etwas Besonderes, da nicht selbstverständlich in dieser Stadt. Der Marsch selbst war in diesem Jahr erstaunlich ruhig und friedlich, nachdem 2005 drei Demonstrierende in Jerusalem von einem ultraorthodoxen Juden verletzt und zwei Jugendliche in einem LGBT-Treffpunkt in Tel Aviv ermordet worden waren.

Am nächsten Tag führte uns eine themenspezifische Stadtführung zu den Orten Jerusalemer LGBT-Geschichte.

In einem Workshop zu Homosexualität in Tanach und Bibel lernten wir, dass es in den Heiligen Schriften zahlreiche Passagen gibt, die sich gegen homosexuelle Beziehungen richten. Vieles aber hängt von der Interpretation ab und der Vergleich der Inhalte auf Hebräisch, Englisch und Deutsch zeigte, wie viele Unterschiede in einem offenbar eindeutigen Text sein können. Ein gelebtes Beispiel dafür, dass es auf die Auslegung ankommt, fanden wir in der Synagoge Kehila Khol Ha Neshema, einer religiösen Gemeinde in Jerusalem, die nicht nur offen für LGBT-Mitglieder ist, sondern auch Gottesdienste in einer gendersensiblen Sprache und eigene Gebete für Homosexuelle anbietet. Eine noch persönlichere Sicht auf diesen oft heftigen Konflikt zwischen den religiösen und sexuellen Identitäten konnten wir am nächsten Tag bekommen. Zu Gast hatten wir zunächst eine religiöse Mutter zweier homosexueller Söhne, die von dem Prozess erzählte, ihren Glauben und die Liebe zu ihren Söhnen miteinander zu vereinbaren. Später lernten wir Organisationen kennen, die sich für orthodoxe Schwule und Lesben in Israel engagieren. Diese mutigen Aktivisten bestätigten, dass es trotz der vielen Herausforderungen möglich ist, religiös und schwul oder lesbisch zu sein.

Im zweiten Teil des Sommerlagers in Berlin standen gesellschaftliche und politische Aspekte des Themas in Deutschland im Mittelpunkt. Während des Besuchs im Deutschen Bundestag lernten wir, welche politischen Schwerpunkte an der Schnittstelle zwischen Religion und Sexualität zurzeit diskutiert werden. Vor allem Aspekte von Familiengründung, Heirat und Adoption spielten dabei eine Rolle. Dies konnten wir noch weiter im Gespräch mit zwei Politikern des Berli-



Brainstorming

ner Abgeordnetenhaus vertiefen, Anja Kofbinger von den Grünen und Klaus Lederer von der Linken. Leider mussten die anderen angefragten Politiker anderer Parteien kurzfristig absagen.

Die soziale Seite der immer noch nicht vollen Gleichberechtigung lernten wir bei Treffen mit LGBT-Organisationen kennen. Bastian Finke von Maneo, einem Berliner Anti-Gewalt-Projekt des Beratungs- und Informationszentrums für schwule und bisexuelle Männer und Jugendliche, sprach über die Bekämpfung von Gewalt gegen Homosexuelle. Mit So-Rim Jung vom Lesben- und Schwulenverband Deutschlands sprachen wir über Exklusion und gesellschaftliche Ausgrenzung und mit dem Militärpfarrer Wolfgang Scheel vom Arbeitskreis Homosexueller Angehöriger der Bundeswehr über Gleichbehandlung von Lesben, Transsexualen und Schwulen im Armeedienst. Darüber hinaus durften wir an einem ganz besonderen und einzigartigen ökumenischen Queer-Gottesdienst teilnehmen, der von dem schwulen katholischen Pfarrer Thomas Beckmann und einer evangelischen Pfarrerin geführt wurde. Hier wurde uns ein schöner Beweis dafür geliefert, dass man religiöse Traditionen neu entdecken kann, ohne alten Traditionen wie Homophobie, Antisemitismus und Xenophobie anzuhängen.

Über die Verfolgung und Tötung Homosexueller zur Zeit des Nationalsozialismus erfuhren wir bei einem Stadtrundgang des Hauses der Wannseekonferenz. Berlins LGBT-Vergangenheit

ist an vielen Orten der Stadt erfahrbar, angefangen bei universitären Einrichtungen wie dem Magnus-Hirschfeld-Institut bis zum Schwulen Museum in Kreuzberg oder dem Denkmal für die verfolgten und ermordeten Homosexuellen im Tiergarten. Dass der Schatten der Shoah das ganze Sommerlager über mitschwang, wurde

Justus Wertmüller referiert vor DIG-Hochschulgruppe Rostock

Als ihre letzte größere öffentliche Veranstaltung des Sommersemesters richtete die DIG-Hochschulgruppe Rostock im Juli einen Vortrags- und Diskussionsabend zum Thema „Wie steht es um die ‚Israel-Solidarität‘?“ mit dem Berliner Publizisten Justus Wertmüller aus. Vor etwa 60 Zuhörern setzte sich unser Referent mit der Frage auseinander, ob in Deutschland der derzeit grassierenden Feindseligkeit gegenüber dem jüdischen Staat überhaupt in Gestalt wirklicher politischer Praxis entgegengetreten werden kann, seitens einer ernst gemeinten Israel-Solidarität, die aus seiner – und unserer – Sicht eine vorbehaltlose ist. In diesem Kontext hob Wertmüller hervor, dass eine Israel-Solidarität, die sich primär an randständigen Proklamationen rechter oder linker Extremisten arbeitet – oder im Extremfall sogar ernsthaft den Dialog mit solchen gesellschaftlich weitgehend irrelevanten Kräften sucht –, ihr Ziel verfeh-

uns erst in Berlin richtig bewusst. Für viele der israelischen Teilnehmenden war es schwer zu sehen, wie viele Jugendliche am Denkmal für die ermordeten Juden Europas Versteck spielten, lustige Fotos machten oder laut lachten und sie fühlten sich oft nicht verstanden. Die Gespräche, die in der Gruppe darüber entstanden sind, welche Erfahrungen wir persönlich mit der Shoah verbinden, waren nicht nur notwendig, sondern sehr wertvoll und schufen Vertrauen, das elementar wichtig ist bei einer deutsch-israelischen Begegnung zu sensiblen Themen wie Religion und Sexualität.

Bei den meisten von uns wird der Abschied ein „Auf Wiedersehen!“ Es ist Donnerstagmorgen, gerade haben wir am Flughafen Schönefeld die Teilnehmenden aus Israel verabschiedet. Drei Wochen liegen hinter uns. Drei Wochen voller Begegnungen, unglaublich schöner und bewegender Momente, Diskussionen bis tief in die Nacht, mit viel neuem Wissen, vielen neuen Ansichten und Freunden. Ich weiß, dieses Sommerlager hat etwas mit mir gemacht, etwas in mir bewegt und angestoßen. ■

le. Wenn Günter Grass im Frühjahr dieses Jahres in der „Süddeutschen Zeitung“ ein „Gedicht“ veröffentlichte, anhand dessen das antisemitische Ressentiment des Autors mühelos nachgewiesen werden kann, so sei – in israelischer Solidarität – nicht das antisemitische Ressentiment des deutschen Literaturnobelpreisträgers das Problem; das Problem sei vielmehr die Tageszeitung, die ihn an herausragender Stelle zu Wort kommen ließ, und desweiteren eine politische und gesellschaftliche „Mitte“, die sich (auch) durch diese Zeitung repräsentiert sieht.

Im Anschluss an den Vortrag kam es zu einer Reihe interessierter Nachfragen an den BAHAMAS-Redakteur und langjährigen Autor linker Zeitschriften wie KONKRET und Jungle World. Während Wertmüller etwa der internationalen Kampagne Stop the Bomb gegen die Nuklearaufüstung des Iran in praktisch-politischer Hinsicht Aussichtslosigkeit bescheinigte,

betrachtet unsere DIG-Hochschulgruppe Stop the Bomb im Interesse eines koordinierten zivilgesellschaftlichen Vorgehens gegen jedwede „westliche“ Beihilfe zu einem iranischen Griff nach der Atom-bombe als durchaus zweckmäßig und unterstützt die Kampagne.

Der friedliche, harmonische Verlauf unserer Bildungsveranstaltung steht in einem merkwürdigen Kontrast zu der Erklärung der Leitung der Universität Rostock, im Vorfeld unserer Veranstaltung habe es „Hinweise von Sicherheitsbehörden“ gegeben, „die von der Durchführung der Veranstaltung [in den Räumen der Universität] abrieten“ – weshalb

wir den Vortragsabend in das Haus der Heinrich-Böll-Stiftung verlegen mussten. Neben uns sehen eine Reihe weiterer Hochschulgruppen, der Allgemeine Studierendenausschuss (ASStA) und der Studierendenrat (StuRa) dieses Verhalten der Hochschulleitung als dringend klärungsbedürftig an. Sollte tatsächlich eine Störung unserer DIG-Veranstaltung angedroht oder angekündigt worden sein, wäre es selbstverständlich Pflicht der Universität gewesen, die Veranstaltung in adäquater Weise vor Extremisten zu schützen, anstatt deren Anliegen in vorausweisendem Gehorsam nachzukommen. ■

Daniel Leon Schikora/Constantin Schwarzer

abgesprochen. An persönlichen Zeugnissen wird anschaulich, welche vielfachen Druck jüdische Soldaten im Ersten Weltkrieg standhalten mussten: Der Belastung durch Ausbildung und Feindberührung, zugleich aber der Missgunst nichtjüdischer Kameraden und Vorgesetzter. Jüdische Soldaten im deutschen Heer brachte der Krieg gegen Frankreich in einen besonderen Gewissenskonflikt, da sie sich bewusst waren, ein Land zu bekämpfen, das ihren jüdischen Geschwistern ungleich mehr Anerkennung gewährte als das wilhelminische Deutschland.

Die Beiträge sind weit gefächert und können hier nur exemplarisch genannt werden: Thorsten Loch portraitiert einen Eifeler Landjuden als Soldaten der napoleonischen Armee. Michal Grünwald analysiert die diffamierende „Juden-zählung“ im deutschen Heer von 1916, Stefan Braun eröffnet einen wichtigen Seitenblick auf jüdische Widerstandstaten im besetzten Polen seit 1939. Den in Auschwitz ermordeten Frontsoldaten Alwin Lippmann, der noch auf der Deportation sein Offiziersethos bewahrte, würdigt Michael Berger als Beispiel tragisch verweigerter Teilhabe eines deutschen Juden am Geschick seiner Nation. Den Blick auf die jüngste Zeitgeschichte richtet Thomas Elßner, indem er die Berichte des Wehrbeauftragten der Bundeswehr auf antijüdische Vorkommnisse durchkämmt. Dass die Bundeswehr – kaum mehr Inbegriff der Staatsmacht, doch Spiegel unserer Gesellschaft – von nicht vergangener Vergangenheit immer wieder eingeholt wird, verdeutlicht dies ebenso wie den Willen der Verantwortlichen, Untragbares zu ahnden.

Ein lohnender Zusatzaspekt wäre sicherlich, wie in der europäischen, insbesondere deutschen Wahrnehmung des israelischen Militärs alte Ressentiments gegen jüdische Soldaten nachwirken, wenn auch charakteristisch gewandelt. Mitherausgeber Römer-Hillebrecht betont zwar zu Recht, alle jüdischen Kämpfer gegen das NS-Regime – von Partisanen und Spanienkämpfern über Aufständische in Ghetto und KZ bis zu jüdischen Soldaten regulärer alliierter Armeen – bildeten einen jüdischen „Erinnerungsraum“, der „wie das jüdische Volksverständnis ohne Territorium auskommt, den Kampf um die Durchsetzung der ethischen Werte der Thora betont und alle ‚Gerechten der Völker‘ einschließt“.

Jüdische Soldaten – jüdischer Widerstand in Deutschland und Frankreich

Dass sie sich wie Schafe hätten zur Schlachtbank führen lassen, wird den jüdischen Opfern des nationalsozialistischen Völkermordes nachgesagt – und vielfach als Vorwurf der Mitschuld verstanden, die Verantwortung der Täter relativierend. So legten Zeugen wie der kürzlich verstorbene Historiker Arno Lustiger ihre Ehre ein, um dem jüdischen Kampf und Widerstand Gesicht und Stimme zu geben. Die israelische Staatsdoktrin knüpft an der Tradition des wehrhaften Juden an. Der vorliegende Sammelband, von zwei im Vorstand des Bundes jüdischer Soldaten engagierten Bundeswehroffizieren herausgegeben, will dem Kollektivvorwurf eines selbst gewählten Opferschicksals ebenfalls mit der historischen Wahrheit begegnen.

In breiter Streuung von Einzelthemen, Methoden und Perspektiven behandelt der Band die Geschichte jüdischer Soldaten und Widerstandskämpfer in Deutschland und Frankreich seit der Wende zum 19. Jahrhundert. Im Militär als dem Inbegriff staatlicher Macht fokussierte sich die Haltung eines Landes zu den Juden. Während bis in den Ersten Weltkrieg hinein Preußen seine jüdischen Untertanen von der Offizierslaufbahn ausschloss, besaßen in Frankreich die Juden seit der Revolution prinzipiell egalitäre Rechte, Pflichten und Aufstiegschancen. Die 1894 in Frankreich



ausgelöste Dreyfus-Affäre um falsche Verratsvorwürfe gegen einen jüdischen Hauptmann, wesentlicher Anstoß zur zionistischen Bewegung, vergegenwärtigt allerdings die Fragilität aufklärerisch-humanistischer Errungenschaften. Populäre Vorurteile hatten sich jahrhundertlang auf die Frage der Eignung von Juden zum Militärdienst zugespielt, wurden dem „Händlervolk“ doch die erforderlichen Tugenden – Mut, Tapferkeit, Hingabebereitschaft, Ehrlichkeit – stereotyp

Jedoch gilt ebenso, dass das jüdische Volk seit 1948 nicht mehr ohne Territorium existiert und im Staat Israel einen garantierten Schutzraum gegen antisemitische Verfolgung besitzt. Auf dem Hintergrund des in dem Sammelband Erarbeiteten gibt das bei uns vorherrschende Bild der israelischen Armee allerhand preis. Offenkundig ist, nachdem Israel sich als

militärisch unbestreitbar tüchtig erwies, der überkommene Vorwurf des jüdischen Mangels an soldatischer Tugend umgeschlagen in die stereotype Zuschreibung des militaristischen Exzesses.

Der Sammelband präsentiert viele kaum bekannte Tatsachen und Zusammenhänge. Er mahnt Bundeswehr und Politik, dieses Kapitel der Geschichte in der

Traditionspflege und der politischen Bildung zu beachten. ■

Dr. Klaus Beckmann/Der Verfasser der Rezension leitet das Evangelische Militärpfarramt Lahnstein.

● Michael Berger / Gideon Römer-Hillebrecht (Hgg.), *Jüdische Soldaten – jüdischer Widerstand in Deutschland und Frankreich*, Verlag Ferdinand Schöningh (Paderborn)

Neues Logo und Erscheinungsbild der DIG gewinnen renommierten iF Communication Design Award 2013

Wir freuen uns sehr, Ihnen mitteilen zu können, dass unser neues Logo und unser neues Corporate Design, beides von unserer Agentur Schmitt. Kommunikation erarbeitet, den international renommierten iF Communication Design Award 2013 gewonnen haben und zu den Gewinnern des iF Labels zählen.

Der iF Communication Design Award gehört zur Spitzengruppe der wichtigsten nationalen und internationalen Wettbewerbe und vergibt weltweit anerkannte und unabhängige Gütesiegel für exzellente Gestaltung. Wer hier ausgezeichnet wird, hat mit außergewöhnlichem Kommunikationsdesign überzeugt. Im iF Communication Design Award stellen sich Werbeagenturen, Kommunikationsdesigner und ihre Auftraggeber, Hersteller, Designer, Architekten und Innenarchitekten dem Urteil der Jury. Die Beiträge werden u. a. nach Kriterien wie Zielgruppenansprache und Inhalt, Gestaltungsqualität und Kreativität, Kundenrelevanz, Wirtschaftlichkeit, Originalität und Innovation bewertet. Unter den Teilnehmern und Preisträgern befinden sich sowohl weltumspannende Konzerne als auch Agenturen, Designbüros und Mittelständler.



Erscheinungsbild der Deutsch-Israelischen Gesellschaft 2013 in mehreren Ausstellungen zu sehen

Alle ausgezeichneten Wettbewerbsbeiträge – auch der unserer Gesellschaft – werden in der Ausstellung „iF Design Exhibition Hannover“ präsentiert. Sie findet zeitgleich zur CeBIT vom 5. bis 9. März 2013 auf dem Messegelände statt. Darüber hinaus werden alle Beiträge 2013 erstmals in der mehrmonatigen Ausstellung „iF Design Exhibition Hamburg“ in der Hamburger Hafen-City

und in der „iF Design Exhibition Haikou/Hainan Island“ in China gezeigt.

Wer nicht so lange reisen mag, kann alle Preisträger der iF Design Awards ab März 2013 im Internet anschauen unter www.ifdesign.de. Oder im iF Yearbook, das ebenfalls im März 2013 von der iF Design Media GmbH veröffentlicht werden wird.

Wir gratulieren Marc Schmitt zu dieser einzigartigen Auszeichnung ganz herzlich und danken ihm für seine großartige Zusammenarbeit! ■

Studien- und Begegnungsreise nach Israel

Die Bielefelder Arbeitsgemeinschaft der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) bietet in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit vom 1. bis 10. Mai 2013 eine Studien- und Begegnungsreise nach Israel und in das Gebiet der Palästinensischen Autonomiebehörde an. Schwerpunkte der Reise sind Tel Aviv, Caesarea, Haifa, Akko, Bielefelds Partnerstadt Nahariya, der See Genezareth, das arabische Dorf Eilaboun, die palästinensische Stadt Zababdeh,

mit der in Bielefeld freundschaftliche Beziehungen angestrebt werden, das Tote Meer, Jerusalem und Bethlehem. Die Übernachtungen erfolgen in Mittelklasse-Hotels in Tel Aviv, Nahariya und Jerusalem. Die Reiseleitung hat der Vorsitzende der Bielefelder DIG-Arbeitsgemeinschaft Dirk Ukena.

Preis: bei 25 Teilnehmern pro Person im Doppelzimmer mit Halbpension: 1.936 € (Einzelzimmerzuschlag 450 €). Ein ausführliches **Programm** ist erhältlich bei Günther Tiemann, Roonstr. 62, 33615 Bielefeld, Tel. 0521 – 12 17 48 oder gg.tiemann@t-online.de.